



**#HASS IM NETZ:**

**DER SCHLEICHENDE ANGRIFF AUF UNSERE DEMOKRATIE**

Eine repräsentative Untersuchung in Hessen

**Autor/innen:**

Christine Eckes, Tobias Fernholz, Daniel Geschke, Anja Kläßen,  
Matthias Quent

**Mit freundlicher Unterstützung von:**

Meike Haunschild & Anna-Lena von Hodenberg (Campact e.V.)  
sowie Christina Dinar & Cornelia Heyken (Amadeu Antonio Stiftung)

**Herausgegeben von:****Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft**

Talstr. 84  
07743 Jena  
Telefon: 03641 2719403  
E-Mail: mail@idz-  
jena.de

[www.idz-jena.de](http://www.idz-jena.de) | [twitter.com/IDZ\\_Jena](https://twitter.com/IDZ_Jena) | [facebook.com/IDZJena/](https://facebook.com/IDZJena/)

**Trägerschaft:**

**ISBN: 978-3-940878-37-3**

**Im Auftrag von:****Campact e.V.**

Artilleriestr. 6  
27283 Verden/Aller  
Telefon: 04231 957440  
E-Mail: [presse@campact.de](mailto:presse@campact.de)

[www.campact.de](http://www.campact.de) | [twitter.com/campact](https://twitter.com/campact) | [facebook.com/campact/](https://facebook.com/campact/)

Die Publikation kann unter [bestellung@idz-jena.de](mailto:bestellung@idz-jena.de) bestellt und unter [www.idz-jena.de](http://www.idz-jena.de) heruntergeladen werden. Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

# VORWORT

## Dr. Felix Kolb

Geschäftsführer Campact

„Beleidigen. Und da ziehe jedes Register. Lass nichts aus. Schwacher Punkt ist oftmals die Familie.“ So lauten „Handlungsempfehlungen“ für Mitglieder eines rechten Netzwerkes im Internet. Der Auftrag ist eindeutig: ihr Gegenüber in Online-Diskussionen mit Hate Speech fertig machen – und zwar so persönlich und verletzend wie möglich. Solche gezielten Hassattacken im Netz können den Opfern das Leben zur Hölle machen.

Aber der Hass hat nicht nur direkte Auswirkungen auf die Opfer, sondern wirkt in die Gesellschaft. Seit Jahren beobachtet Campact diesen Trend zu verachtenden Kommentaren. Wir haben mit Opfern und Beratungsstellen, mit Netzaktivist/innen und Extremismusforscher/innen gesprochen. Unser Eindruck: Hasserfüllte Sprache wird schleichend, aber stetig zu einer Gefahr für die Demokratie.

Die hier vorliegende repräsentative Pilotstudie aus Hessen bestätigt unseren Verdacht. Hessinnen und Hessen geben an, dass Hass-Attacken in den vergangenen drei Jahren zugenommen haben. Betroffene leiden unter emotionalem Stress – besonders junge Menschen. Die erschreckendste Erkenntnis aus Hessen: Schon jetzt halten sich Menschen mit politischen Meinungsäußerungen im Internet häufiger zurück aus Angst vor dem kollektiven Hass, der sie dann treffen könnte.

Gegen diesen Trend müssen sich Demokratinnen und Demokraten jetzt mit aller Macht stemmen. Dabei tragen vor allem die Bundesländer eine wesentliche Verantwortung. Nur ein Bruchteil der Täter/innen wird angezeigt, geschweige denn verurteilt. Die Opfer haben es schwer, sie stoßen auf Polizei und Staatsanwaltschaften, die nicht für die Hassrede im Netz gerüstet und sensibilisiert wurden.

Die bisherige Landesregierung hat viel zu wenig getan. Das sehen auch die Hessinnen und Hessen so – wie die Studie eindrucksvoll zeigt. Sie unterstützen mit großer Mehrheit

ein von Campact entwickeltes Maßnahmenpaket, das schnell und effektiv für mehr Strafverfolgung sorgen könnte. Wir fordern eine landesweite Opferberatungsstelle und zentrale Ermittlungsstellen bei den hessischen Staatsanwaltschaften. Jede Polizeidienststelle sollte einen Beauftragten für Hate Speech haben, Schulungen für Lehrer/innen und Schüler/innen sollten obligatorisch sein. Darüber hinaus brauchen wir vereinfachte und kostengünstige Klagemöglichkeiten, so dass Opfer bei einem Zivilprozess nicht in Vorkasse gehen müssen.

Wenn Hessen jetzt den ersten Schritt macht und konsequente Maßnahmen zum Opferschutz und zur Strafverfolgung durchsetzt, könnte es zum Vorbild und Vorreiter für andere Bundesländer werden. Hetzer/innen müssen wirkungsvoll abgeschreckt und konsequent bestraft werden. Jedes Opfer ist eines zu viel.

---

**„Wenn Hessen jetzt den ersten Schritt macht und konsequente Maßnahmen zum Opferschutz und zur Strafverfolgung durchsetzt, könnte es zum Vorbild und Vorreiter für andere Bundesländer werden. Hetzer/innen müssen wirkungsvoll abgeschreckt und konsequent bestraft werden. Jedes Opfer ist eines zu viel.“**

---

## EINLEITUNG

Die koordinierte Verbreitung von Lügen, Belästigung und Diskriminierung, aggressive und ablehnende Haltungen gegen ganze Gruppen von Menschen und das enthemmte Ausleben von Ressentiments – all das ist nicht erst mit den sozialen Netzwerken entstanden. Doch als virtueller Kommunikations- und Debattenraum nehmen verschiedene Plattformen eine immer größere Bedeutung für die öffentliche Meinungsbildung und die Vernetzung von Menschen ein. Bisher zeigen vor allem internationale Studien (siehe bspw. Jakubowicz et al. 2017; Duggan 2017; Keipi et al. 2017) und zivilgesellschaftliche Interventionen (z.B. Baldauf et al. 2015), wie sich der Hass im Netz verbreitet und wie er sich auf die Betroffenen und Rezipient/innen sowie auf das politische Diskussionsklima auswirkt. Auch auf den Erkenntnissen und Methoden dieser Untersuchungen baut die vorliegende Studie auf.

Erstmalig in Deutschland wird auf den folgenden Seiten gezeigt, wie Belästigungen und Hassbotschaften im Internet Menschen ganz real schädigen, wie sich Onlinediskurse verschieben und die öffentliche Meinung dadurch manipuliert wird. Die repräsentative Befragung von hessischen Internetnutzer/innen gibt tiefe Einblicke in die Wahrnehmung und Wirkmechanismen von Hass im Netz. Sie gibt Auskunft darüber, welche Meinungen die Bevölkerung über Hassrede hat und wie groß die Zustimmung zu politischen Forderungen ist, mehr gegen den Hass im Netz zu unternehmen und Betroffene auf verschiedenen Ebenen zu unterstützen – damit die Flut des Hasses nicht weiter anschwillt.

**Zum Inhalt dieses Berichts:** Zunächst wird die Befragungsmethode erläutert (S. 4). Anschließend werden zentrale Aussagen der Befragung zusammengefasst und eingeordnet (S. 5-8). Danach folgt die Präsentation der Ergebnisse zur Sorge vor Fake News (S. 9) und zur persönlichen Betroffenheit der Befragten von Belästigungen im Internet (S. 10-14), auch die Folgen dieser Betroffenheit werden berichtet (S. 15 - 18). Es schließt sich eine Auswertung an, wie die Befragten Hassbotschaften gegen welche Gruppen und Institutionen wahrnehmen (S. 19-21), wie sie darauf reagieren (S. 22-28) und wie sie verschiedene Aussagen über Hassrede bewerten (S. 29-35). Abschließend

wird betrachtet, wie die Befragten die politischen Forderungen von Campact e.V. bewerten (S. 36-41).

---

**„Nicht zuzulassen, dass die Flut des Hasses weiter anschwillt. Einen festen Grund zu schaffen, auf dem alle stehen können – darauf kommt es an.“**

Carolin Emcke (2016): Gegen den Hass

---

Jena, September 2018

## METHODIK

Zur Erfassung der Erfahrungen *mit* und Meinungen *zu* Hassrede im Internet wurde eine Online-Befragung (CAWI) mit N = 1.243 Bürger/innen Hessens im Alter ab 18 Jahren realisiert. Die Datenerhebung fand in der letzten Woche des Juli 2018 statt, umgesetzt vom Meinungsforschungsinstitut YouGov.

**Zum Vorgehen bei der Stichprobenziehung:** Zunächst wurde eine repräsentative Stichprobe (Brutto) für die Bevölkerung Hessens (ab 18 Jahre) von insgesamt N = 1.623 gezogen. Diese Stichprobe ist durch entsprechende Gewichtung bzgl. Alter, Geschlecht, Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 sowie Bildung repräsentativ für die Bevölkerung Hessens. In einem zweiten Schritt wurde abgefragt, ob diese Personen soziale Netzwerke nutzen. Die Personen, bei denen diese Voraussetzung für die Teilnahme an der Untersuchung gegeben war, haben den Online-Fragebogen mit insgesamt ca. 25 Fragen in jeweils etwa 15 Minuten beantwortet. Die daraus resultierende repräsentative Nettostichprobe für Nutzer/innen sozialer Netzwerke in Hessen im Alter von mindestens 18 Jahren umfasst insgesamt N = 1.243 Personen.

**Zum Inhalt und zur Darstellung:** Es werden die Verteilungen der Antworten auf die erhobenen Fragen grafisch dargestellt und kurz beschrieben.

Bei den folgenden Ergebnisdarstellungen ist die jeweilige Anzahl Befragter (N) angegeben. Aufgrund fehlender Werte durch nicht beantwortete Fragen kann die Anzahl der Personen, die bestimmte Fragen beantwortet haben, leicht variieren. Zudem gibt es einzelne Nachfragen, die nicht allen Teilnehmenden gestellt wurden; dadurch wurden manche Fragen nur von einem Teil der Stichprobe beantwortet.

Zusätzlich wurden statistische Tests durchgeführt (Chi-Quadrat-Tests nach Pearson mit 5%-Irrtumswahrscheinlichkeit), um zu prüfen, ob statistisch bedeutsame Unterschiede zwischen verschiedenen Teilstichproben bestehen. Dies wurde für die vier Merkmale *Geschlecht*, *Alter* (gestaffelt nach den Altersgruppen 18-24, 25-44, 45-59, 60 Jahre und älter), *Migrationshintergrund* und *Parteipräferenz* (Abfrage der Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2017) durchgeführt. Falls sich bedeutsame Unterschiede zwischen den Untergruppen fanden, wurden die entsprechenden Verteilungen der Antworten in den Untergruppen zusätzlich auch grafisch dargestellt. Das heißt: Alle in den folgenden

Abbildungen dargestellten Gruppenunterschiede sind statistisch bedeutsam (nicht-signifikante Gruppenunterschiede werden grafisch nicht dargestellt).

Fehlende Werte wurden wegen der besseren Übersichtlichkeit in den Abbildungen nicht dargestellt. Die Prozentzahlen wurden gerundet, dadurch können kleine Rundungsfehler entstehen.

Teilnehmende, die bei der Frage nach ihren Parteipräferenzen angegeben haben, dass sie kleinere Parteien präferieren oder gar nicht wählen gehen oder die diese Frage nicht beantwortet haben, wurden im Sinne der besseren Übersichtlichkeit zur Kategorie „Sonstige“ zusammengefasst.

Antworten der Kategorien „trifft zu“ und „trifft eher zu“ wurden in den Beschreibungen der Ergebnisse zu *Zustimmung* zusammengefasst, Antworten der Kategorien „trifft eher nicht zu“ und „trifft nicht zu“ zu *Ablehnung*.

Für die vorliegende Befragung wurden ausschließlich Teilnehmende ausgewählt, die im Bundesland Hessen leben. Wünschenswert ist, dass anschließende Studien bundesweite (Vergleichs-)Daten zur Verfügung stellen.

# ZUSAMMENFASSUNG: FAKE NEWS, BELÄSTIGUNGEN UND HASS IM NETZ

## FAKE NEWS

50 % der Befragten können sich vorstellen, dass der hessische Landtagswahlkampf durch Falschmeldungen (Fake News) im Netz beeinflusst wird, 37 % können sich das eher nicht vorstellen (S. 9). Dies zeigt: Ein Großteil der Befragten befürchtet eine reale Manipulation des demokratischen Wahlverfahrens in Hessen durch Fake News und nimmt diese als Bedrohung für die Meinungsbildung wahr. Im Wahlkampf der Parteien werden diese Sorgen bisher aber nicht thematisiert.

## ONLINE-BELÄSTIGUNGEN HABEN SCHWERWIEGENDE FOLGEN

Über ein Drittel der Befragten gibt an, im Internet bereits beleidigt worden zu sein. 13 % berichten sogar, ihnen sei im Netz Gewalt angedroht worden (S. 10). Ebenso viele geben an, ihre Familien seien beleidigt oder bedroht worden. Auffällig ist: Vor allem jüngere Menschen und Menschen aus Einwandererfamilien weisen dabei signifikant höhere Werte auf. So geben von den 18- bis 24-Jährigen befragten hessischen Internetnutzer/innen 69 % an, sie seien online beleidigt worden (S. 11). Bei den Befragten aus Einwandererfamilien berichten 21 %, ihnen sei bereits körperliche Gewalt angedroht worden - im Vergleich zu 13 % im Gesamtdurchschnitt (S. 12). 41 % der 18- bis 24-Jährigen aus Hessen wurden im Internet bereits sexuell belästigt. Unter den 25- 44-Jährigen betrifft das jede/n Vierte/n (25 %; S. 14).

Diese persönlichen Belästigungserfahrungen im Internet haben eindeutig Konsequenzen für die Mehrheit der Betroffenen: Zwei Drittel der Befragten (65 %) berichtet von negativen Folgen durch Belästigungen im Internet, bei Frauen sind es sogar 72 % (S. 15). Signifikant höher sind die Werte auch hier wieder bei den jüngeren

Menschen zwischen 18 und 24 Jahren. Hier geben 83 % der Befragten an, negative Folgen erlebt zu haben (ebd.). Im Detail werden dabei von Teilen der Befragten sehr ernsthafte psychische und körperliche Beschwerden beschrieben: 11 % berichten, körperlich zum Beispiel mit Kopfschmerzen und Übelkeit auf die Belästigungen reagiert zu haben (S. 17), 17 % berichten von Depressionen (S. 18). Besonders weit ist diese Reaktion unter jungen Menschen verbreitet: 30 % der 18- bis 24-Jährigen klagen über Depressionen infolge von Belästigungen im Netz (ebd.).

## JUGENDLICHE SIND BESONDERS BETROFFEN

Betroffen von Belästigungen und Hassbotschaften im Internet sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Diesen generellen Befund der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (2018)

---

**30 % der 18- bis 24-Jährigen klagen über Depressionen infolge von Belästigungen im Netz.**

---

bestätigt die vorliegende Studie. Vielleicht nimmt die Politik die Probleme, die mit Belästigungen und Hass im Netz einhergehen, auch noch nicht ernst genug, weil diese vor allem junge Menschen betreffen und schädigen: Befragte im Alter zwischen 18 und 24 Jahren berichten besonders häufig davon, Hassbotschaften wahrzunehmen. Dies korreliert einerseits mit der intensiveren Nutzung sozialer Netzwerke in dieser Alterskohorte. Darüber hinaus ist eine höhere Vulnerabilität im Jugendalter insbesondere für identitätsbezogene Belästigungen und Vorurteile sowie für manipulative politische Kampagnen zu befürchten. Ältere Bürger/innen nehmen das Problem des Hasses im Netz noch nicht so stark wahr wie jüngere. Doch mit zunehmendem Alter der *Digital Natives* ist zu erwarten, dass künftig auch ältere Bevölkerungsgruppen noch stärker durch Belästigungen im Netz beeinflusst werden.

## ZIELE DES HASSES

Insgesamt geben 84 % der Befragten an, dass sie bereits aggressive oder abwertende Botschaften gegen mindestens eine der abgefragten Gruppen oder Institutionen gesehen haben. Dieser Wert liegt 6 % über den Befunden der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (2018) zur Wahrnehmung von Hassrede in Deutschland. Das heißt: Nur 16 % der hessischen Internetnutzer/innen in unserer Studie berichten, noch keine Hasskommentare gegen die abgefragten Gruppen und Institutionen im Internet gesehen zu haben. Die meisten Befragten aus Hessen berichten, Hass gegen geflüchtete Menschen (75 %), Menschen mit Migrationshintergrund (75 %) sowie Muslimes und Muslime (73 %) im Netz gelesen zu haben (S. 20). Jede/r fünfte Befragte (20 %) berichtet, sogar schon „sehr oft“ abwertende oder aggressive Aussagen gegen geflüchtete Menschen gesehen zu haben. Von aggressiven oder abwertenden Botschaften gegen die Bundesrepublik Deutschland berichten 72 % und gegen amtierende Politiker/innen 71 %. Darüber hinaus haben die Befragten Hasskommentare wahrgenommen

- gegen politisch Andersdenkende: 68 %
- gegen homosexuelle Menschen 63 %
- gegen die Demokratie allgemein 62%
- gegen arbeitslose Menschen 61 %
- gegen Frauen 60 %
- gegen arme Menschen 56 %
- gegen Sinti und Roma 53 %
- gegen transsexuelle Menschen 52 %
- gegen wohnungslose Menschen 48 %
- gegen Jüdinnen und Juden 47 %
- gegen Menschen mit Behinderung 41 %

Wo im Netz haben die Nutzer/innen die Hasskommentare gelesen? Die meisten Nutzer/innen geben an, Hasskommentare bei Facebook (71 %), in Foren (66 %), auf kommentierbaren Blogs (66 %), auf Twitter (62 %) sowie bei Instagram (55 %) gesehen zu haben. 49 % der Befragten, die Videoplattformen wie YouTube nutzen, haben dort schon Hassbotschaften gesehen (S. 20). Nutzer/innen berichten auch von Hasskommentaren in anderen sozialen Netzwerken (48 %), auf Nachrichten-Seiten (47 %), Ratgeber-Plattformen (40 %) und in Messenger-Diensten (38 %). Diese hohen

Werte machen auch deutlich: Es handelt sich um eine plattformübergreifende Herausforderung.

## SCHLEICHENDER ANGRIFF AUF DIE DEMOKRATIE

Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen. Dieser Aussage stimmen drei von vier hessische Internetnutzer/innen zu (S. 29). Die Existenz von Verdrängungseffekten wird durch den Umgang mit Hassrede im Internet bestätigt: Etwa die Hälfte der hessischen Internetnutzer/innen gibt an, sich in Reaktion auf Hassrede im Internet seltener zu ihrer politischen Meinung zu bekennen (S. 22) und sich seltener an Diskussionen im Netz zu beteiligen (S. 23). Das bedeutet, dass Menschen durch Hassbotschaften systematisch aus Onlinediskussionen vertrieben werden und sich vertreiben lassen. Darunter leiden die betroffenen Personen, der Meinungspluralismus im Netz und somit letztlich die demokratische (Diskurs-)Kultur.

Weil die politische Bedeutung des Internets wächst, ist die Beschäftigung mit diesen schleichenden Angriffen für die Zukunft der Demokratie besonders wichtig. Auffällig ist: Anhänger/innen der Alternative für Deutschland (AfD) stimmen dieser Aussage signifikant weniger häufig zu als der Bevölkerungsdurchschnitt und die Anhängerschaft der anderen Parteien. Dies steht in Widerspruch zur offiziellen Linie der Rechtspopulist/innen, die sich im politischen Diskurs häufig als ausgegrenzt darstellen. Tatsächlich ziehen sich jedoch Wähler/innen aller anderen Parteien signifikant häufiger aufgrund aggressiver und abwertender Botschaften aus Onlinediskursen zurück und verbergen ihre politischen Überzeugungen als die Wähler/innen der AfD. Zum Beispiel sagen 62 % der Wählerschaft der FDP und 53 % der CDU, dass sie sich im Netz weniger zu ihrer politischen Meinung zu bekennen (S. 22). Unter den Wähler/innen der AfD liegt der Wert mit 40 % deutlich darunter.

---

**„Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen.“**

---

Dieses *Silencing* (zum Schweigen bringen) demokratisch-pluralistischer Stimmen hat mehrere schwerwiegende Konsequenzen: Es verfälscht nicht nur die Ausrichtungen, Verläufe und Wahrnehmungen politischer Diskussionen im Internet, weil ein signifikanter Teil der Nutzer/innen aufgrund des Hasses nicht mehr an politischen Diskussionen teilnimmt. Es fordert auch das Geschäftsmodell von Plattformbetreibern und Seitenverantwortlichen heraus: Immerhin geben 15 % an,

einen Onlinedienst wegen Hassbotschaften weniger oder gar nicht mehr zu nutzen (S. 25). Menschen aus Einwanderfamilien in Hessen und die hessische Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen stimmen dieser Aussage überdurchschnittlich häufig zu.

39 % der Gesamtbefragten in Hessen können sich zumindest vorstellen, auf Hassbotschaften zu reagieren, indem sie einen Onlinedienst weniger oder gar nicht mehr nutzen oder nicht mehr auf entsprechenden Seiten posten (S. 24). Nur 30 % würden das nicht tun. 12 % der Hess/innen geben an, bereits auf bestimmten Seiten nichts mehr zu posten, auf denen sie Hassbotschaften gelesen haben. Ein relevanter Teil der hessischen Bevölkerung zieht sich also aufgrund von Hassbotschaften von Plattformen und Seiten zurück. Davon profitiert die AfD – auch das lässt sich aus den Zahlen klar ableiten. Denn deren Anhängerschaft zieht sich weniger häufig aus Online-Diskussionen zurück und ist somit relativ stärker im Netz präsent als die der anderen Parteien.

## ORGANISierter HASS

Den Wahrnehmungen und problematischen Folgen von Hassrede in der Bevölkerung stehen toxische Strategien rechtsextremer „Trollfabriken“ und „Hasskampagnen“ gegenüber (vgl. u.a. Kreißel et al. 2018). Damit werden koordinierte Aktivitäten beschrieben, bei denen sich Mitglieder rechtsextremer Gruppen gezielt auf nichtöffentlichen Plattformen vernetzen und häufig mit gefälschten Accounts in den sozialen Medien agieren. Das heißt: Rechtsextreme organisieren in versteckten Foren koordinierte Angriffe in Kommentarspalten, sozialen Netzwerken, auf Videoplattformen und Nachrichtenseiten. Dabei nutzt jede Person eine Vielzahl von Accounts (sogenannte Sockenpuppen), um Kommentare zu schreiben und „Likes“ zu generieren, damit die Unterstützung für ihre politischen Botschaften größer wirkt, als es ohne diese Manipulationen der Fall wäre. Die Vorbereitung und Durchführung solcher Aktivitäten erfolgt arbeitsteilig, hierarchisch und in militärischer Sprache. Die Rechtsextremen sehen sich als Soldat/innen in einem „Informationskrieg“, um die „Filterblasen der Durchschnittsbürger zu infiltrieren“, wie es in einem rechtsextremen „Handbuch für Medienguerillas“ (ebd., S. 6) heißt. Zur vorgegebenen Strategie gehört es, mehrere und politisch betont unauffällige Accounts zu pflegen, die sich im Schwerpunkt beispielsweise mit Tieren oder Reisen beschäftigen und mit denen die rechtsextremen selbsternannten Infokrieger/innen „in die gegnerische Filterblase pirschen“ (ebd.). Dabei geht es nicht darum, einen demokratischen Diskurs zu führen, sondern darum,

den Diskurs zu zerstören, wie dem Handbuch der Rechtsextremen zu entnehmen ist: „Du willst bei Diskussionen im Internet nicht Deinen Gegner überzeugen, das sind eh meist verbohnte Idioten. Es geht um das Publikum. Und es geht hier nicht darum wer Recht hat, sondern wer vom Publikum Recht erhält“ (ebd., S. 6). Außerdem werden andere Gesprächsteilnehmende gezielt provoziert und vorgeführt.

Eine Studie des Londoner Institute for Strategic Dialogue (Davey und Ebner 2017) zeigt in detaillierten Fallstudien, wie Rechtsextreme weltweit derartige Kampagnen durchführen. Die Forschenden zeichnen dabei nach, wie rechtsextreme Trolle auch die Bundestagswahlen 2017 in Deutschland zugunsten der AfD beeinflusst haben. Eine weitere Studie der Expert/innen in Kooperation mit dem zivilgesellschaftlichen Verein #ichbinhier stellt fest, dass „viele Kommentarspalten von Accounts dominiert werden, die einen rechten bis rechtsextremen Hintergrund haben“ (Kreißel et al. 2018: 7). Den Forschenden zufolge wird durch koordinierte rechtsextreme Aktionen ein Meinungsbild suggeriert, welches die Realität nicht abbildet (ebd.: 24). Durch die gezielten und überdurchschnittlich hohen Aktivitäten der rechtsextremen Plattformmitglieder sind rechte Botschaften demnach stärker verbreitet und finden mehr Zustimmung (z.B. durch „Gefällt-mir“-Angaben), als dies in der allgemeinen Bevölkerung der Fall ist. Dahinter steht das Ziel, rechtsextreme Positionen und Themen öffentlich so zu verbreiten, dass bei Mitlesenden der Eindruck entsteht, rechtsextreme Positionen seien tatsächlich die Meinung der Durchschnittsnutzer/innen. Das Meinungsbild wird verzerrt und die öffentliche Meinung manipuliert (ebd.: 25). Derartige Kampagnen wollen beispielsweise Wahlen beeinflussen und Menschen, die als politische Gegner/innen identifiziert werden, durch Einschüchterungen und Provokationen zum Schweigen bringen.

Die nun vorliegenden Daten zeigen: Der Hass im Netz kann tatsächlich zu signifikanten Verdrängungen und Verzerrungen führen, wenn eine Mehrheit der Hess/innen angibt, ihre politische Meinung im Internet seltener zu äußern. Staatliche Institutionen haben dieser Agitation bisher kaum etwas entgegenzusetzen. „Reconquista Germanica“, eine der wichtigsten digitalen Plattformen dieser Hasskampagnen aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“, wird von der deutschen Bundesregierung nicht einmal als rechtsextrem geführt. Anzunehmen ist: Zumindest ein Teil der Hassbotschaften, die die

---

**Dabei geht es nicht darum, einen demokratischen Diskurs zu führen, sondern darum, den Diskurs zu zerstören.**

---



von uns Befragten wahrnehmen, ist im Rahmen derartiger rechtsextremer Kampagnen entstanden. Es gelingt also einer organisierten und lautstarken Minderheit, Onlinediskussionen zu prägen und durch aggressive und abwertende Sprache andersdenkende und liberale Positionen zu verdrängen.

## WAS TUN?

Unsere Studie zeigt: Ein sehr großer Teil der hessischen Internetnutzer/innen ist mit diesen Hassbotschaften nicht einverstanden. 72 % stimmen der Aussage zu, dass Hasskommentare nicht toleriert werden sollten, egal ob sie gegen Gesetze verstoßen oder nicht (S. 34). Nur 16 % sind der Meinung, „Hasskommentare müssen grundsätzlich toleriert werden“ (S. 31). Die Mehrheit fordert, dass etwas gegen den Hass im Netz getan wird und erwartet ein stärkeres Engagement der hessischen Landesregierung (S. 35). Die Hess/innen finden aber auch, dass alle weiteren abgefragten Institutionen und Entitäten zu wenig gegen Hass im Netz tun. So sehen sie die Bundesregierung, Plattformbetreibende, die Polizei, Bildungseinrichtungen und auch die Nutzer/innen der Plattformen selbst in der Pflicht: Nicht mal jede/r fünfte Befragte findet, dass diese Entitäten genug gegen Hass im Netz unternehmen.

### Ein sehr großer Teil der hessischen Internetnutzer/innen ist mit diesen Hassbotschaften nicht einverstanden.

Hessen sehr große Zustimmung. 66 % der Hess/innen finden: Weiterbildungen zu Hassrede im Internet sollten für Schüler/Innen und Lehrer/innen in allen hessischen Schulen verpflichtend eingeführt werden (S. 37). Dies erscheint umso wichtiger angesichts der besonderen Betroffenheit von jungen Menschen durch Hassrede in Hessen, die in dieser Befragung deutlich geworden ist. Eine Mehrheit von 76 % der Hess/innen befürwortet außerdem eine besondere Betreuung von Betroffenen in Form von spezialisierten Anlaufstellen für die Opfer von Hass im Netz (S. 38). Auch im Bereich der Strafverfolgung sehen die Hess/innen konkreten Handlungsbedarf: 67 % der Hess/innen wünschen sich auf jeder hessischen Polizeidienststelle einen Beauftragten für Hass im Netz (S. 39); 74 % unterstützen die Forderung nach der Einrichtung von

Die konkreten Forderungen, mit denen Campact e.V. den Hass im Internet eindämmen, Betroffene stärken und konsequente Strafverfolgung von Täter/innen durchsetzen will, finden in

zentralen Ermittlungsstellen bei den hessischen Staatsanwaltschaften (S. 40). Bezüglich der Vereinfachung von Gerichtsverfahren befürworten 74 % der befragten Hess/innen, dass Opfer von Hassbotschaften die Möglichkeit haben sollten, gegen die Täter/innen zu klagen, ohne dafür erst mal finanziell in Vorkasse gehen zu müssen (S. 40). Hintergrund ist, dass die Anzeigen vieler Opfer oftmals im Strafprozess fallengelassen werden, im Zivilprozess allerdings bessere Chancen auf eine mögliche Verurteilung und Schadensersatzansprüche gegenüber den Täter/innen haben. So stimmen zwischen 66 % und 85 % der Hess/innen den fünf Forderungen der Campact-Kampagne „Hate Speech im Netz stoppen!“ zu. Keine Forderung wird von mehr als 19 % der Befragten abgelehnt.

## Die politischen Forderungen von Campact e.V. im Überblick:

### 1. Landesweite Opferberatungsstelle zu Hass im Netz

Die Opfer brauchen Angebote, die speziell auf Hate Speech zugeschnitten sind. Sie dient als zentrale Schnittstelle für alle betroffenen Institutionen.

### 2. Beauftragte für Hate Speech im Netz auf jeder Polizeidienststelle in Hessen

Nur Polizist/innen, die das Netz und seine Dynamiken kennen, können die Opfer optimal unterstützen und die Täter/innen effektiv verfolgen.

### 3. Zentrale Ermittlungsstellen zu Hate Speech bei den Staatsanwaltschaften

Hessische Staatsanwaltschaften müssen Hate-Speech-Fälle zentral sammeln und auswerten, um erkennen zu können, wann es sich um systematische Attacken von rechten Gruppen handelt.

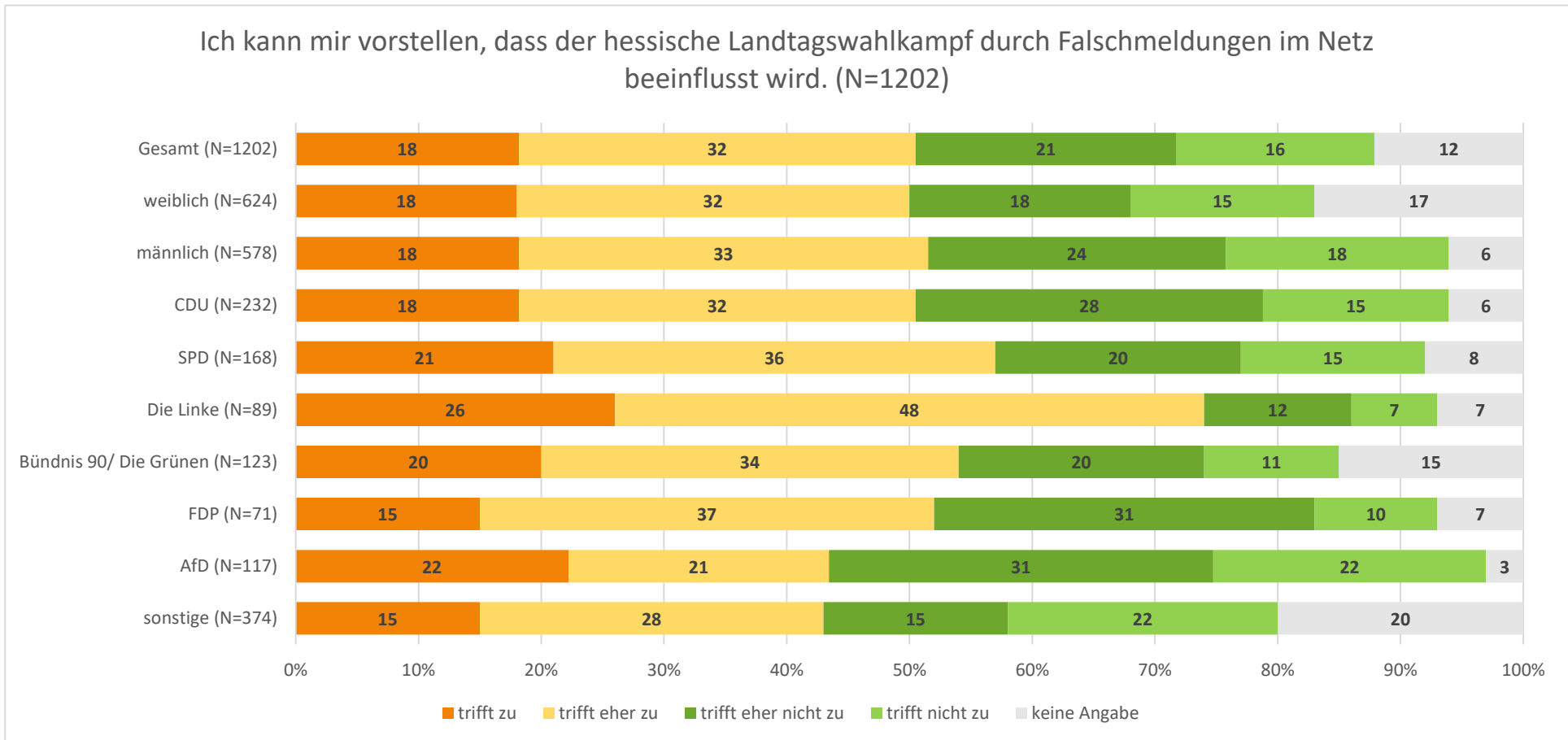
### 4. Vereinfachte Klagemöglichkeiten

Bei einem Zivilprozess müssen die Opfer in Vorkasse gehen und mehrere hundert Euro bezahlen. Das können sich viele nicht leisten – und so kommen die Täter/innen straffrei davon. Es braucht vereinfachte und kostengünstige Klagemöglichkeiten.

### 5. Schulungen für Lehrer/innen und Jugendliche im Umgang mit Hate Speech

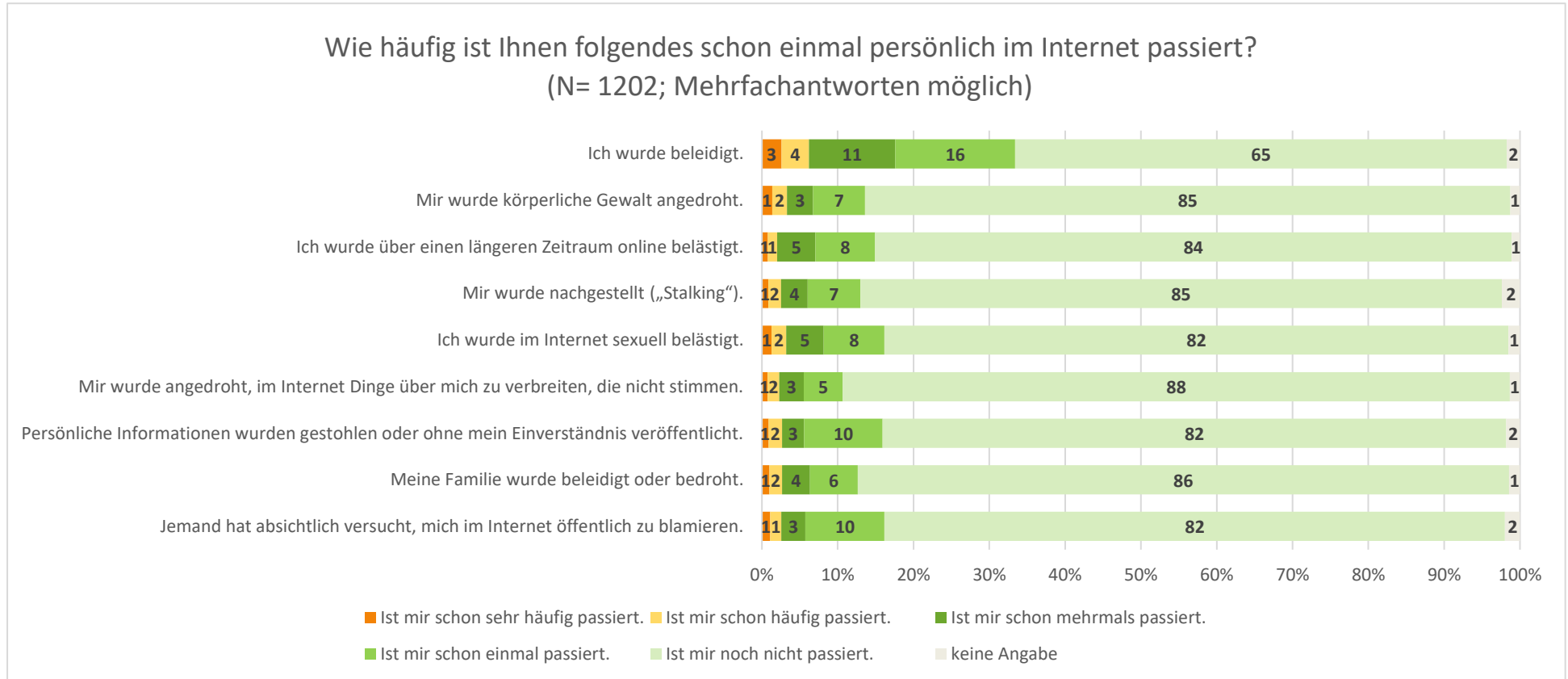
Statistiken zeigen: Vor allem Jugendliche sind mit Hate Speech im Netz konfrontiert. An den Schulen muss es obligatorische Schulungen geben – für Schüler/innen und Lehrer/innen.

# FAKE NEWS



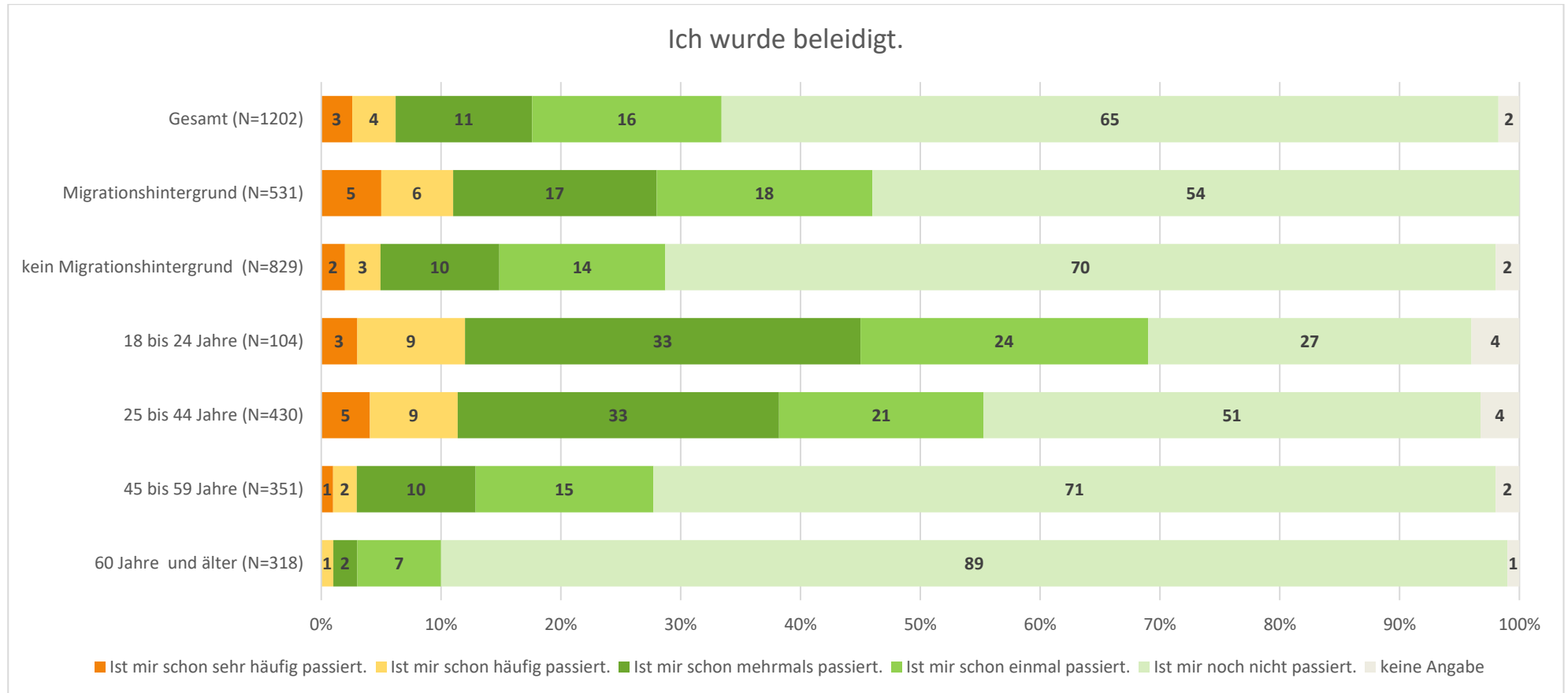
Jede zweite befragte Person aus Hessen kann sich vorstellen, dass Falschnachrichten (Fake News) im Internet den hessischen Landtagswahlkampf beeinflussen. Unter der Anhängerschaft der Linkspartei ist die Zustimmung zu dieser Aussage überdurchschnittlich groß.

# BELÄSTIGUNGEN IM INTERNET: WAS HABEN BEFRAGTE PERSÖNLICH ERLEBT?



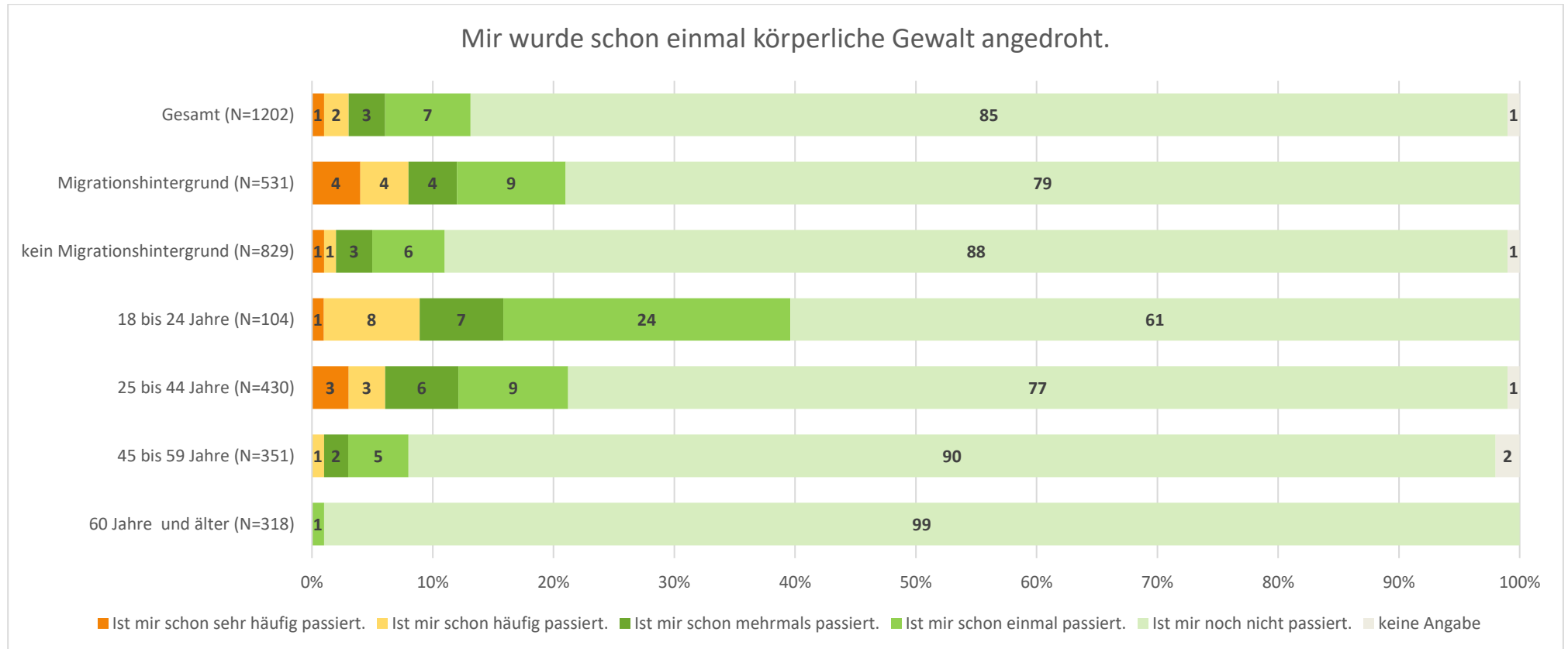
Bei der Frage „Wie häufig ist Ihnen folgendes schon einmal persönlich im Internet passiert“ berichtet ein Drittel der Befragten (34 %) davon, beleidigt worden zu sein (für Details siehe nächste Abbildung). Bezüglich der anderen Aussagen geben jeweils zwischen 11 % und 16 % der Teilnehmenden an, ihnen seien entsprechende Belästigungen bereits mindestens einmal widerfahren.

# BELÄSTIGUNGEN IM INTERNET: WAS HABEN BEFRAGTE PERSÖNLICH ERLEBT?



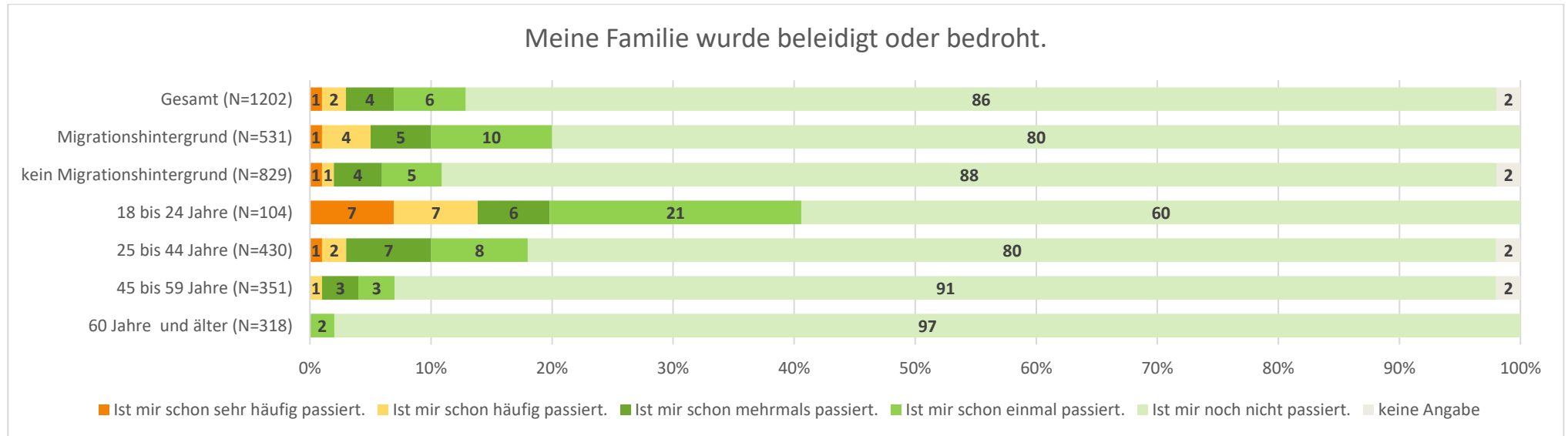
Auf die Frage „Wie häufig ist Ihnen folgendes schon einmal persönlich im Internet passiert?“ gibt etwas mehr als ein Drittel der Befragten (34 %) an, bereits (einmal bis sehr häufig) im Internet beleidigt worden zu sein. Etwa jede bzw. jeder Zehnte (11 %) berichtet, schon mehrmals beleidigt worden zu sein. Die 18- bis 24-Jährigen weisen die höchsten zustimmenden Werte auf. So geben 69 % von ihnen an, im Internet schon mindestens einmal beleidigt worden zu sein. Ein Drittel (33 %) wurde schon mehrmals beleidigt, nur 27 % aus dieser Gruppe geben an, noch nie beleidigt worden zu sein.

# BELÄSTIGUNGEN IM INTERNET: WAS HABEN BEFRAGTE PERSÖNLICH ERLEBT?



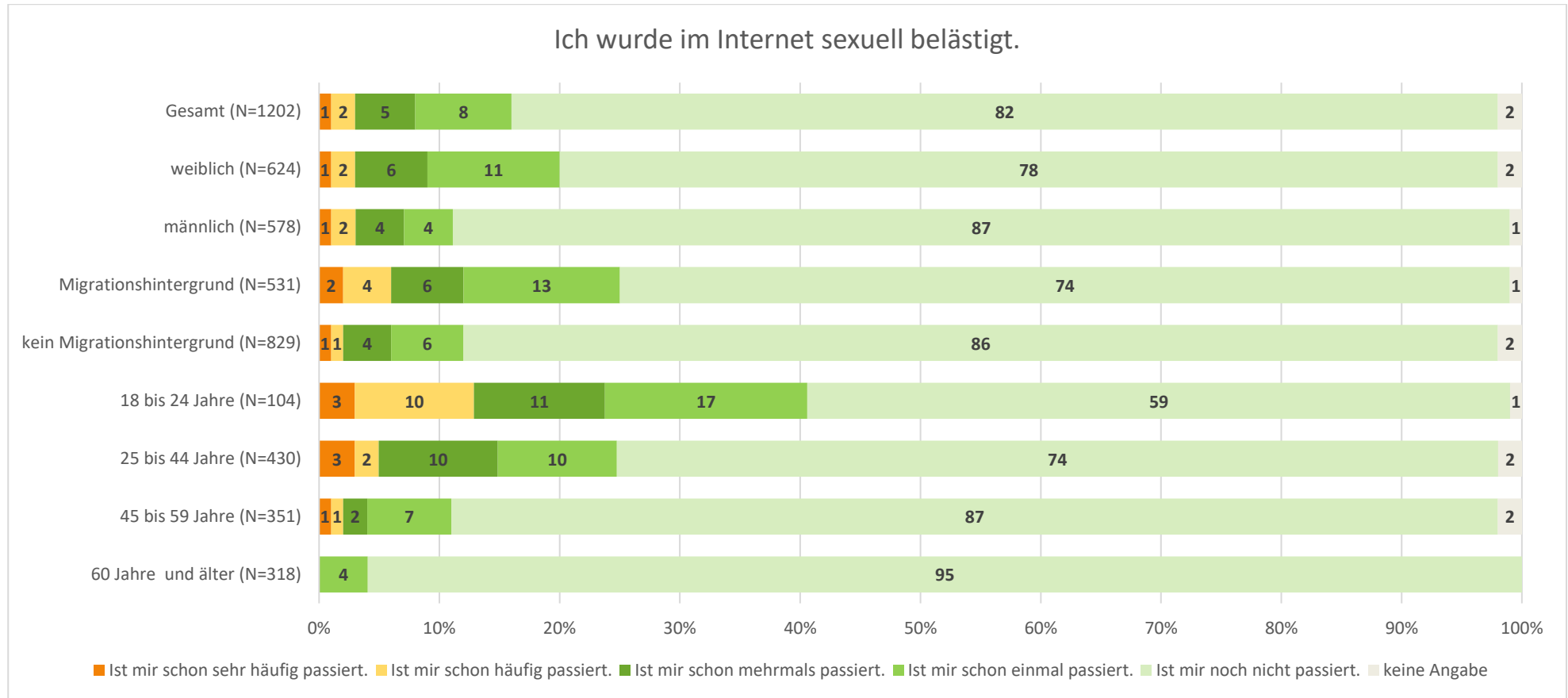
Während 85 % noch nie online mit Gewalt bedroht wurden, haben nach eigenen Aussagen 13 % bereits Erfahrung mit Gewaltandrohungen im Internet machen müssen. Auffällig ist, dass dies Menschen mit Migrationshintergrund mehr betrifft (21 %) als Menschen ohne (11 %). Zudem berichten entsprechende Erfahrungen 40 % der 18- bis 24-Jährigen und 21 % der 25- bis 44-Jährigen, während die älteren Untersuchungsteilnehmenden hier geringere Werte aufweisen (45-59 Jahre: 8 %; 60 Jahre und älter: 1 %).

# BELÄSTIGUNGEN IM INTERNET: WAS HABEN BEFRAGTE PERSÖNLICH ERLEBT?



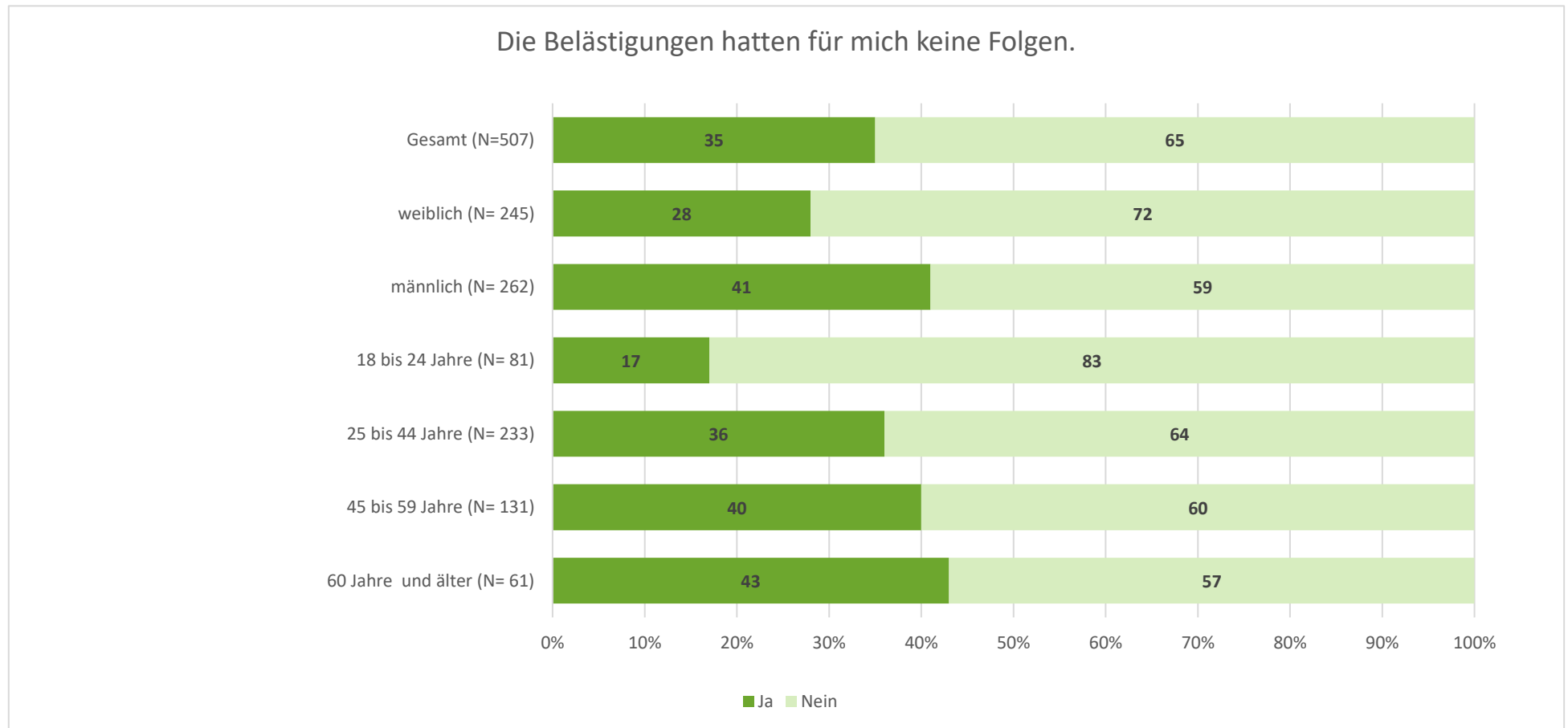
Dass die Familie beleidigt oder bedroht wird, ist 86 % der Befragten noch nicht passiert, aber insgesamt 13 % berichten, es sei bereits mindestens einmal vorgekommen. Bezüglich der Gruppenunterschiede ist auffällig: Menschen mit Migrationshintergrund (20 %) berichten fast doppelt so häufig davon wie Menschen ohne Migrationshintergrund (11 %). Zudem sticht wieder die Gruppe der jüngsten Befragten zwischen 18 und 24 Jahren hervor – 41 % geben an, so etwas bereits erlebt zu haben (25- bis 44-Jährige: 18 %, 45- bis 59-Jährige: 7 %, über 59-Jährige: 2 %).

# BELÄSTIGUNGEN IM INTERNET: WAS HABEN BEFRAGTE PERSÖNLICH ERLEBT?



16 Prozent der hessischen Internetnutzer/innen berichten über sexuelle Belästigungen im Netz. Jede fünfte Frau gibt an, dass sie im Internet sexuell belästigt wurde (20 %), unter den Männern sagt etwas mehr als jeder Zehnte (11%). Menschen aus Einwandererfamilien (25%) referieren mehr als doppelt so häufig wie Nichteinwander/innen (12%) von sexueller Belästigung im Netz. Hinsichtlich der Alterskohorten sind jüngere Menschen besonders stark betroffen: 41 % der 18- bis 24-Jährigen aus Hessen wurden im Internet bereits sexuell belästigt. Unter den 25- 44-Jährigen betrifft das jede/n Vierte/n (25 %).

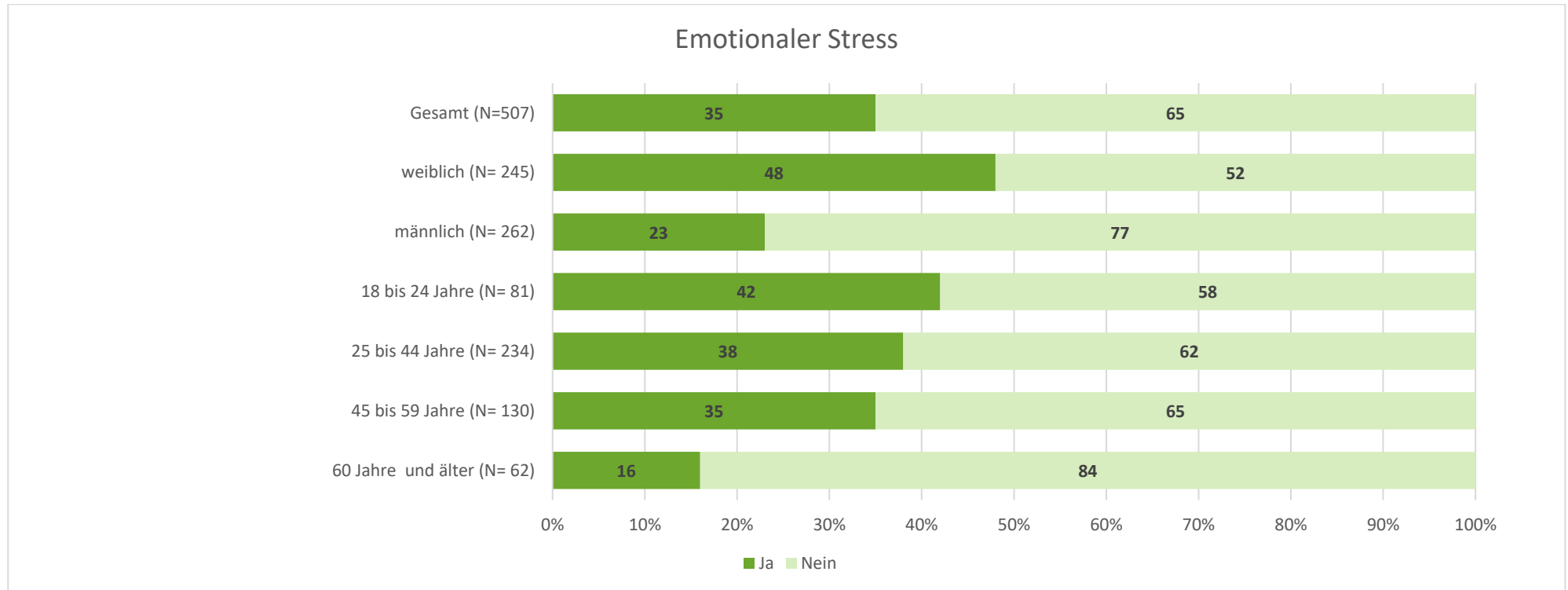
## FOLGEN PERSÖNLICHER BETROFFENHEIT



Jene N = 507 Personen, die vorher angegeben haben, im Internet angegriffen worden zu sein, wurden anschließend nach den persönlichen Folgen befragt. Die folgenden vier Abbildungen beziehen sich auf diese Teilstichprobe. Über ein Drittel (35 %) der Befragten gibt an, die Belästigungen im Internet hätten für sie *keine* Folgen, fast zwei Drittel (65 %) berichten von negativen Folgen. Dabei berichten Frauen von mehr negativen Folgen (w: 72 % vs. m: 59 %), ebenso wie jüngere Menschen (18-24-Jährige: 83 % vs. 57 % bei den 60-Jährigen und Älteren).

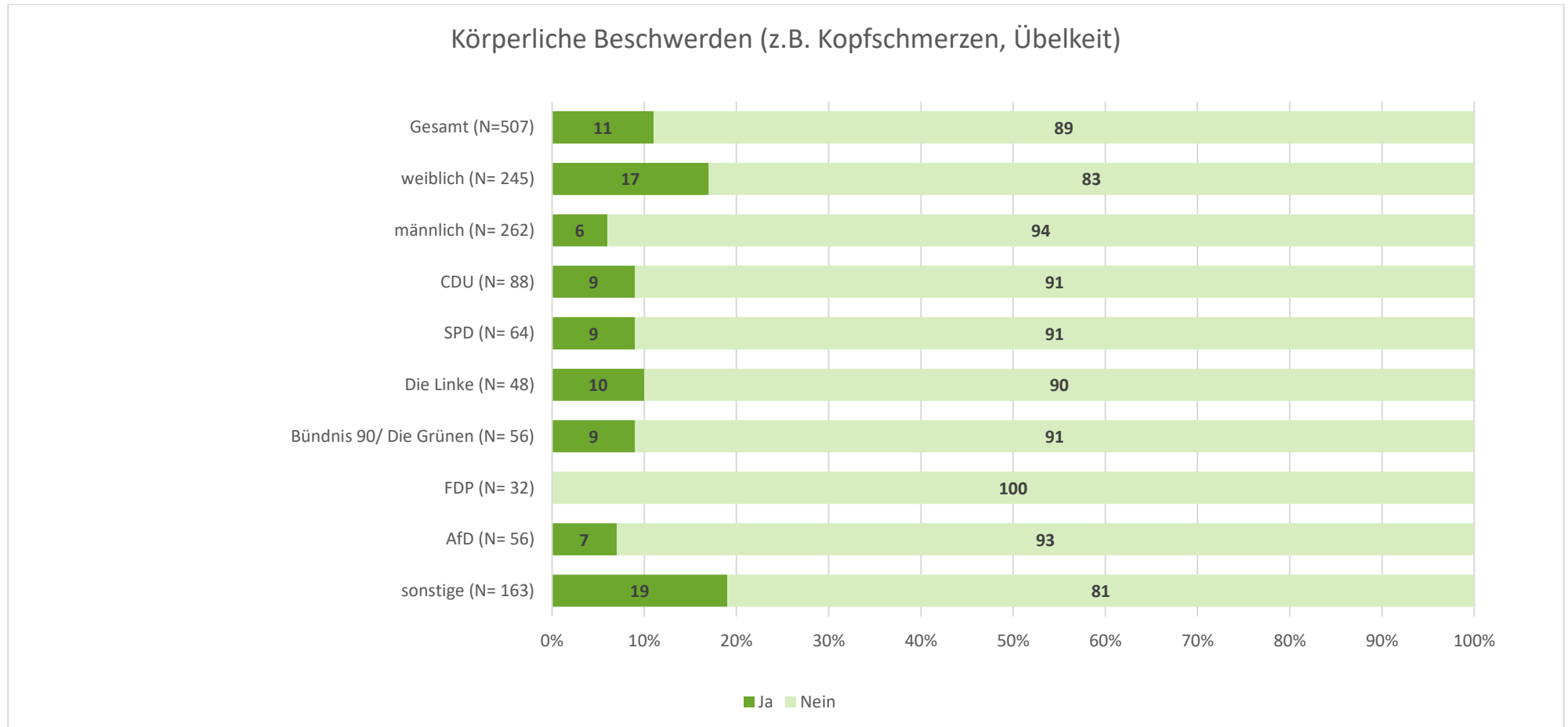


## FOLGEN PERSÖNLICHER BETROFFENHEIT



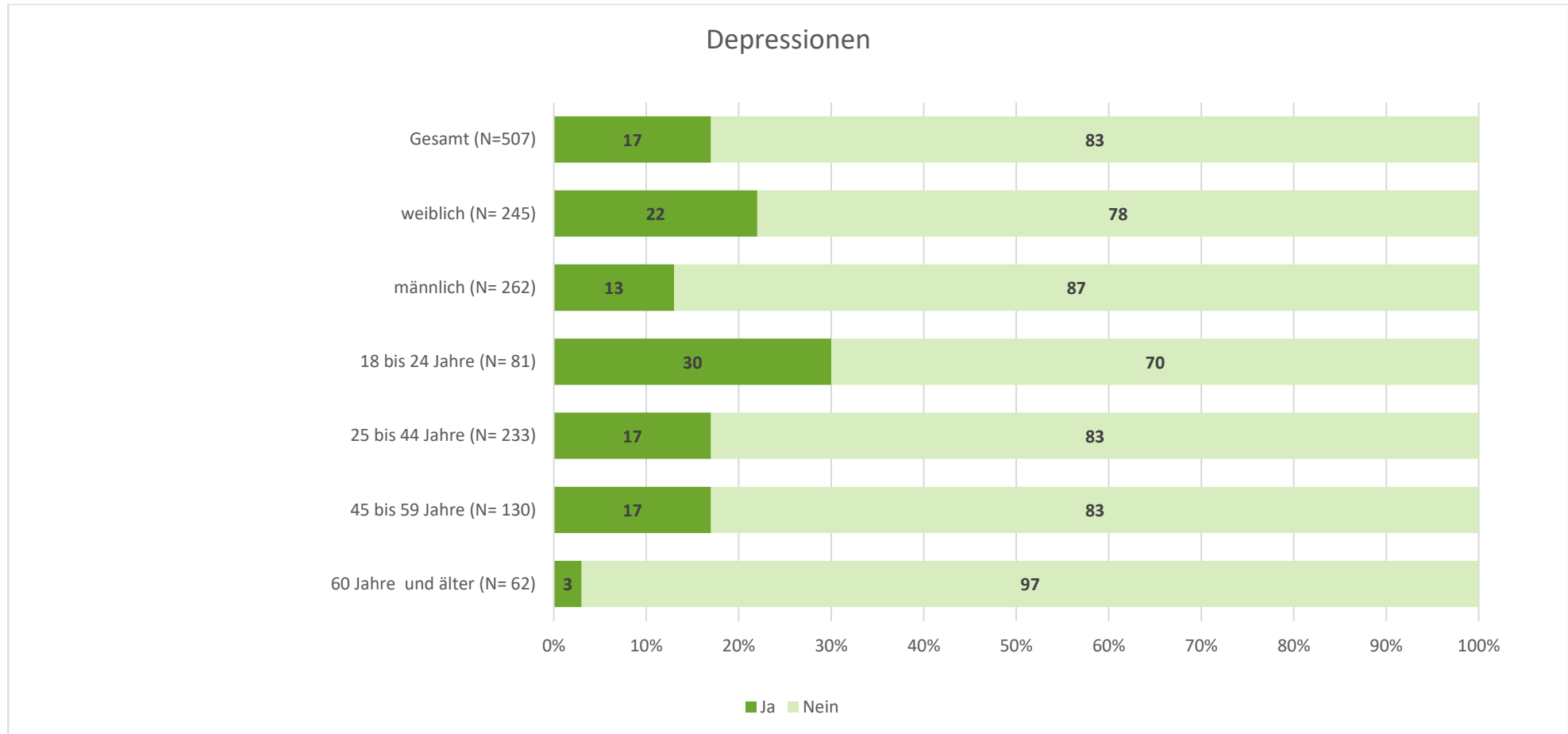
Insgesamt mehr als ein Drittel (35 %) berichtet von emotionalem Stress als Folge der Online-Belästigungen. Bei den Frauen ist es fast jede zweite (48 %), sie sind somit mehr als doppelt so stark betroffen wie Männer (23 %). Auch bei dieser Frage finden sich bedeutsame Altersunterschiede: Die 18- bis 24-Jährigen sind mit 42 % deutlich stärker davon betroffen als ältere Menschen (25-44: 38 %; 45-59: 35 %; älter als 59: 16 %).

## FOLGEN PERSÖNLICHER BETROFFENHEIT



Körperliche Beschwerden berichten insgesamt 11 % der Befragten, wobei Frauen (17 %) wieder deutlich höhere Werte aufweisen als Männer (6 %).

## FOLGEN PERSÖNLICHER BETROFFENHEIT



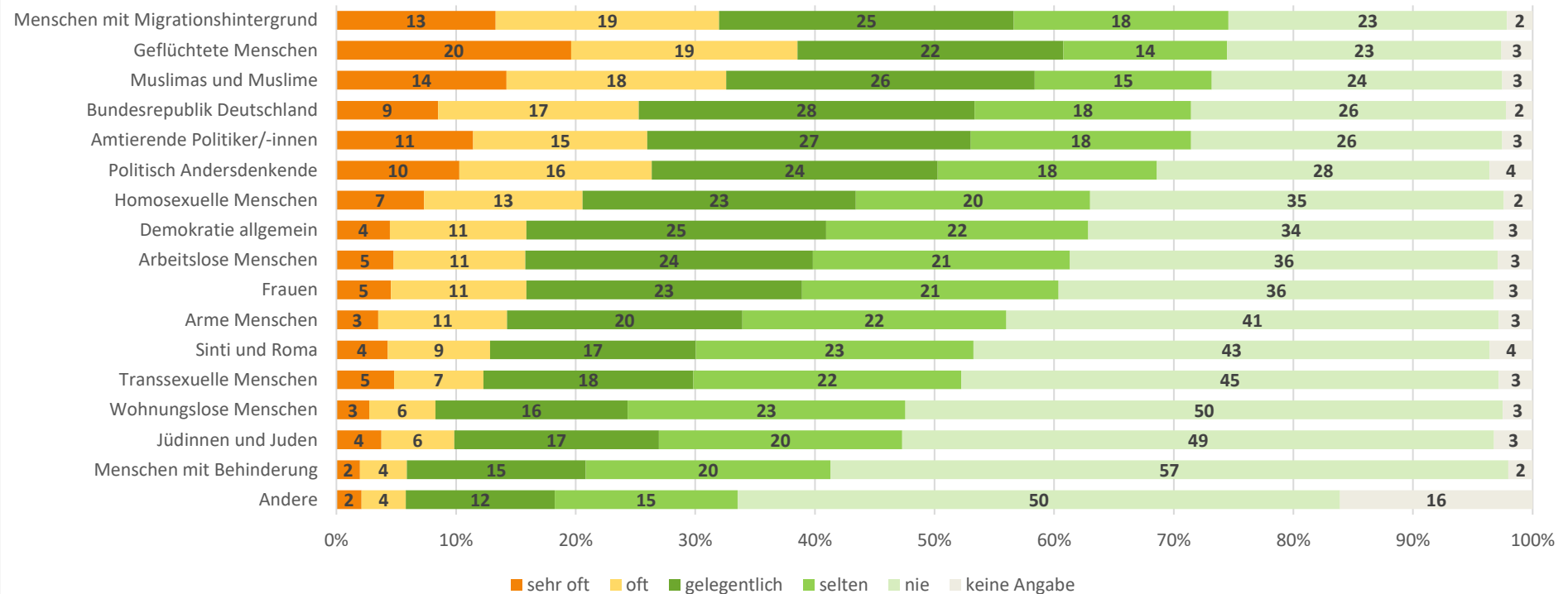
Insgesamt 17 % berichten von Depressionen als Folge der Belästigungen, Frauen (w: 22 % vs. m: 13 %) und jüngere Menschen (18-24: 30 %) sind davon besonders stark betroffen, Menschen über 60 Jahre sehr wenig (3 %).

## GEGEN WELCHE GRUPPEN UND INSTITUTIONEN RICHTET SICH DER HASS?

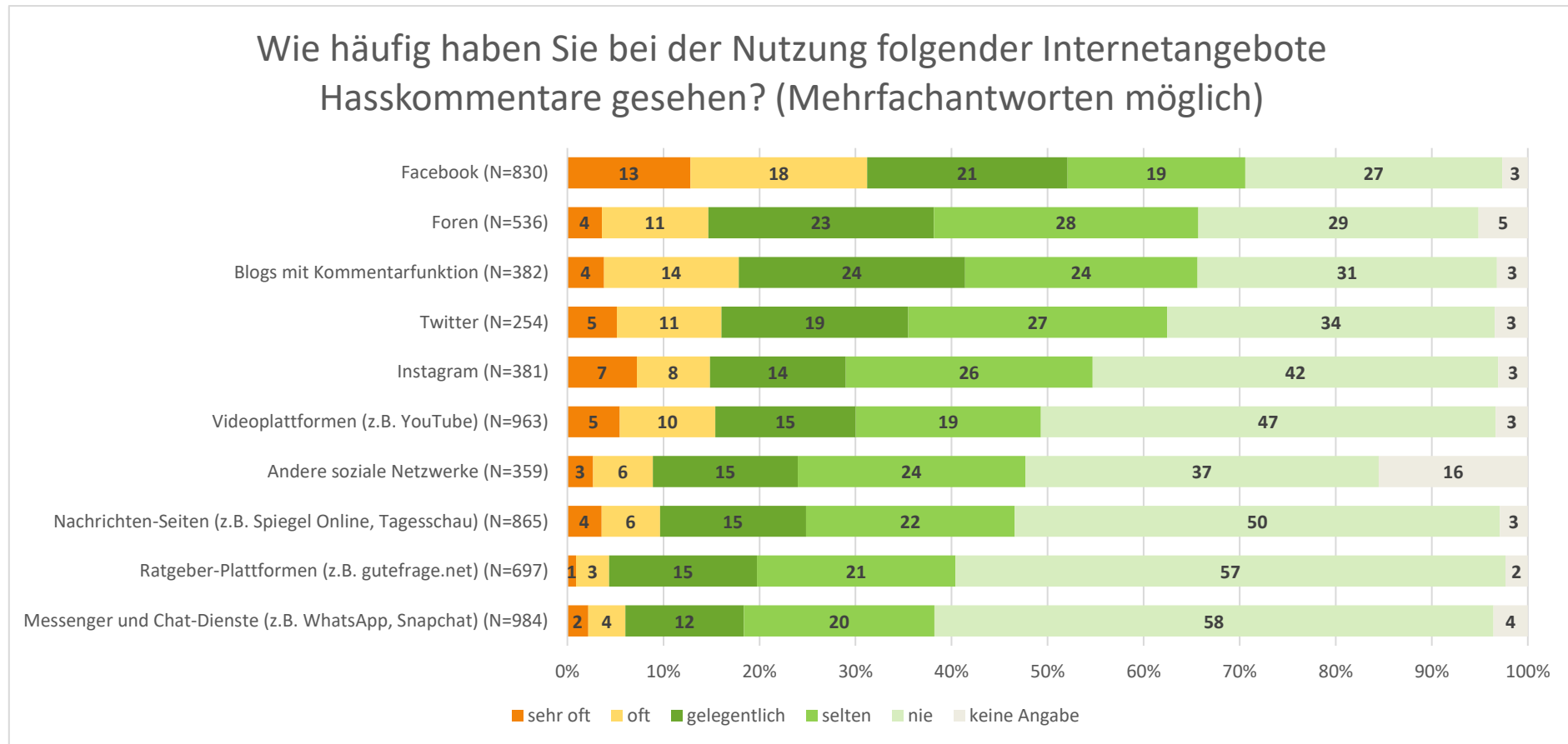
Um herauszufinden, welche sozialen Gruppen und welche Institutionen in der Wahrnehmung der Studienteilnehmenden wie häufig von Hassrede im Internet betroffen sind, wurde die Frage gestellt: „Wie häufig haben Sie im Internet aggressive oder abwertende Aussagen gegen die folgenden Gruppen und Institutionen gesehen?“, gefolgt von einer Auflistung von verschiedenen Gruppen und Institutionen (siehe nächste Seite). Hier geben insgesamt 84 % der Befragten an, („selten“ bis „sehr oft“) Hassbotschaften gegen eine der abgefragten Gruppen oder Institutionen gesehen zu haben. Das heißt: Nur 16 % der Befragten geben an, überhaupt noch keine derartigen Kommentare im Internet gesehen zu haben. Die Ergebnisse zeigen: Die meisten Teilnehmenden nehmen Hass im Netz wahr gegen geflüchtete Menschen (75 %), Menschen mit Migrationshintergrund (75 %) sowie Muslimas und Muslime (73 %). Jede/r fünfte Befragte (20 %) hat sogar schon „sehr oft“ abwertende oder aggressive Aussagen gegen geflüchtete Menschen gesehen. Auch von aggressiven oder abwertenden Botschaften gegen die Bundesrepublik Deutschland (72 %) und amtierende Politiker/innen (71 %) wird häufig berichtet – ebenso gegen politisch Andersdenkende (68 %), homosexuelle Menschen (63 %), die Demokratie allgemein (62 %), arbeitslose Menschen (61 %), Frauen (60 %), arme Menschen (56 %), Sinti und Roma (53 %) und transsexuelle Menschen (52 %). Aggressive oder abwertende Aussagen im Internet nehmen viele Befragte auch gegen wohnungslose Menschen (48 %) wahr sowie gegen Jüdinnen und Juden (47 %) und Menschen mit Behinderung (41 %). 33 % geben an, Hasskommentare gegen „Andere“ gesehen zu haben.

# GEGEN WELCHE GRUPPEN UND INSTITUTIONEN RICHTET SICH DER HASS?

Wie häufig haben Sie im Internet aggressive oder abwertende Aussagen gegen die folgenden Gruppen und Institutionen gesehen? (N= 1202; Mehrfachantworten möglich)

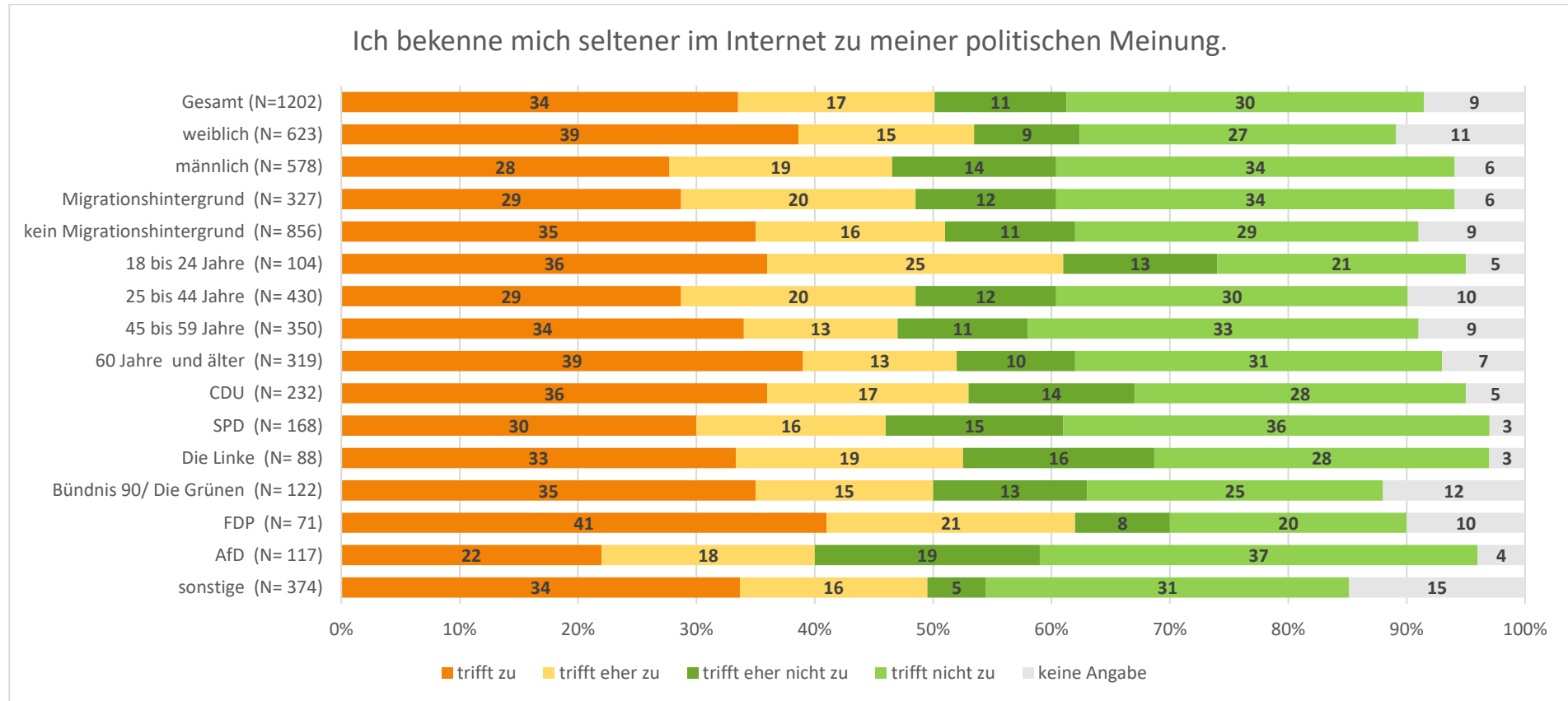


# AUF WELCHEN PLATTFORMEN WIRD HASSREDE WAHRGENOMMEN?



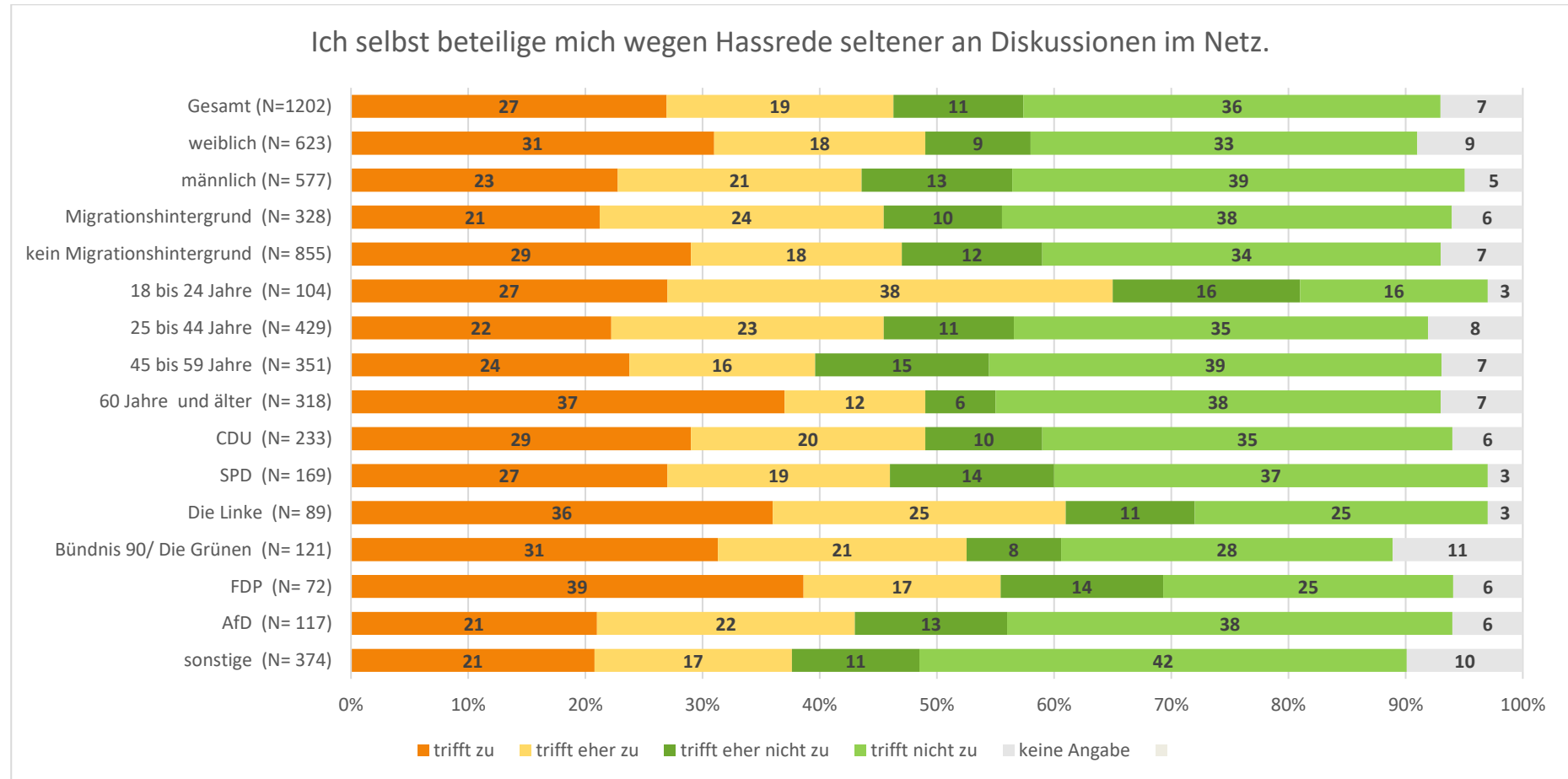
Diejenigen, die angegeben haben, schon Hasskommentare im Internet gesehen zu haben, wurden bezüglich der Internetangebote, die sie selbst tatsächlich nutzen, gefragt, wo sie diese gesehen haben. Dabei erwähnen die meisten Untersuchungsteilnehmenden Facebook (71 % haben es dort „selten“ bis „sehr oft“ gesehen), gefolgt von Foren (66 %), Blogs mit Kommentarfunktion (66 %) und Twitter (62 %). Seltener, aber immer noch sehr häufig finden die Befragten Hasskommentare bei Instagram (55 %), auf Videoplattformen (z. B. YouTube) (49 %), in anderen sozialen Netzwerken (48 %), auf Nachrichten-Seiten (47 %), Ratgeber-Plattformen (40 %) und bei Messenger- und Chat-Diensten (38 %). Erneut fällt hier die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen auf, die auf allen Plattformen (mit Ausnahme von Twitter) im Vergleich zu den anderen Teilnehmenden am meisten Hasssprache wahrnimmt (ohne Abbildung).

# REAKTIONEN AUF HASSREDE IM INTERNET



In Reaktion auf Hasssprache im Netz stimmen 51 % der Befragten der Aussage zu: „Ich bekenne mich seltener im Internet zu meiner politischen Meinung.“ Frauen stimmen dem eher zu als Männer (w: 54 % vs. m: 47 %). Auf Menschen mit Migrationshintergrund (49 %) trifft dies etwas weniger stark zu als für solche ohne Migrationshintergrund (51 %). Die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen (61 %) sowie Anhänger/innen der FDP (62 %) weisen besonders hohe Zustimmungswerte auf, die Gruppe der AfD-Anhänger/innen geringere Werte (40 % Zustimmung).

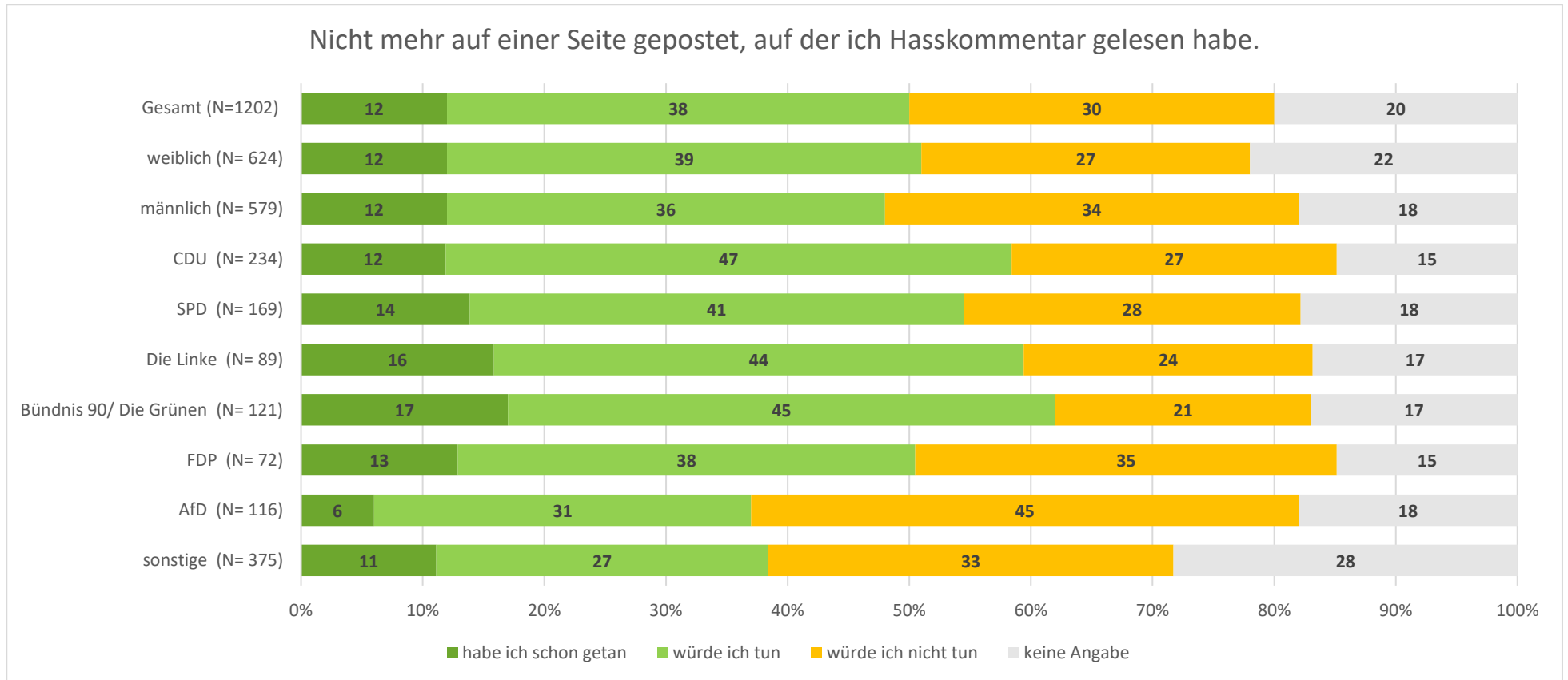
# REAKTIONEN AUF HASSREDE IM INTERNET



46 % der Befragten stimmen der Aussage zu: „Ich selbst beteilige mich wegen Hassrede seltener an Diskussionen im Netz“, von den Frauen sind es 49 % (m: 44 %) und von den 18- bis 24-Jährigen sogar 65 %. Menschen mit Migrationshintergrund stimmen dem mit 45 % etwas weniger häufig zu als Menschen ohne (47 %). Bezüglich der Parteipräferenzen findet sich die stärkste Zustimmung bei den Anhänger/innen der Linken (61 %), gefolgt von der FDP (56 %), Bündnis 90/Die Grünen (52 %), CDU (49 %), SPD (46 %), AfD (43 %) sowie Sonstige (38 %).

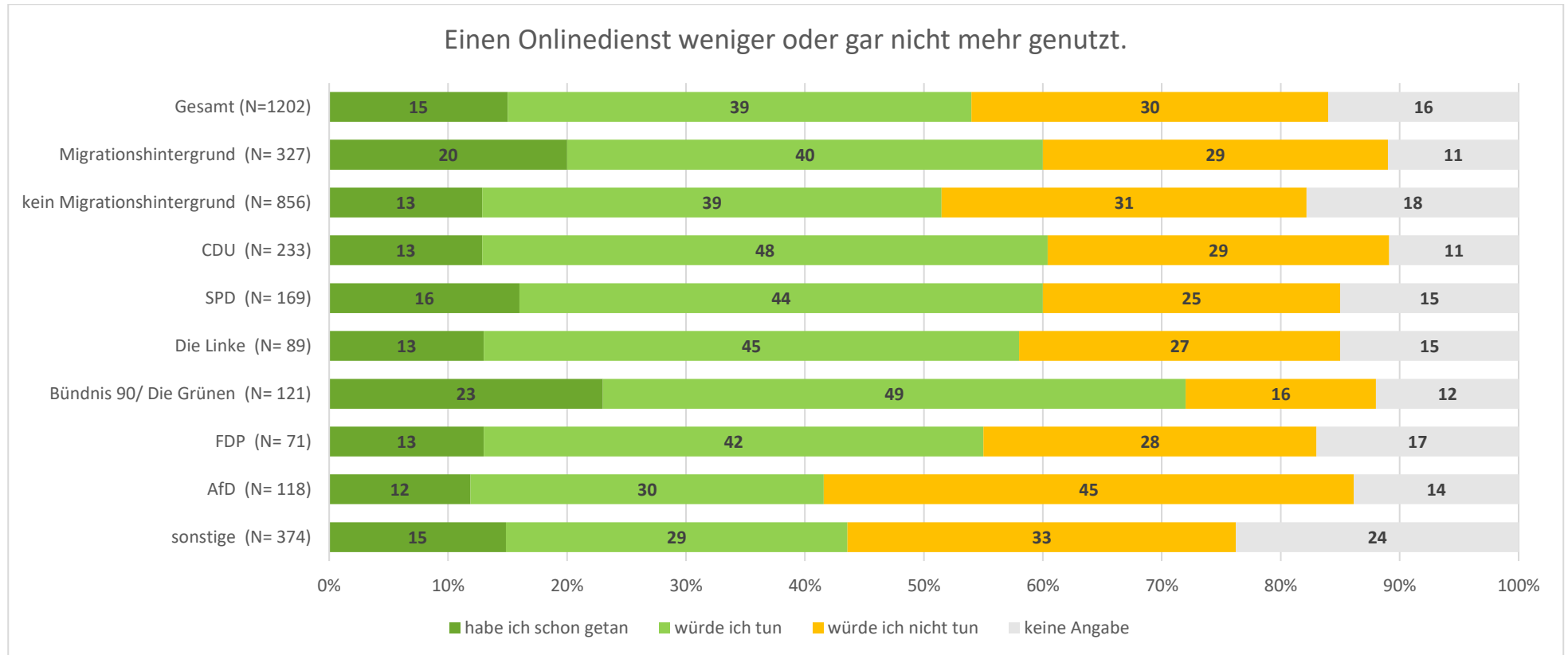


# REAKTIONEN AUF HASSREDE IM INTERNET



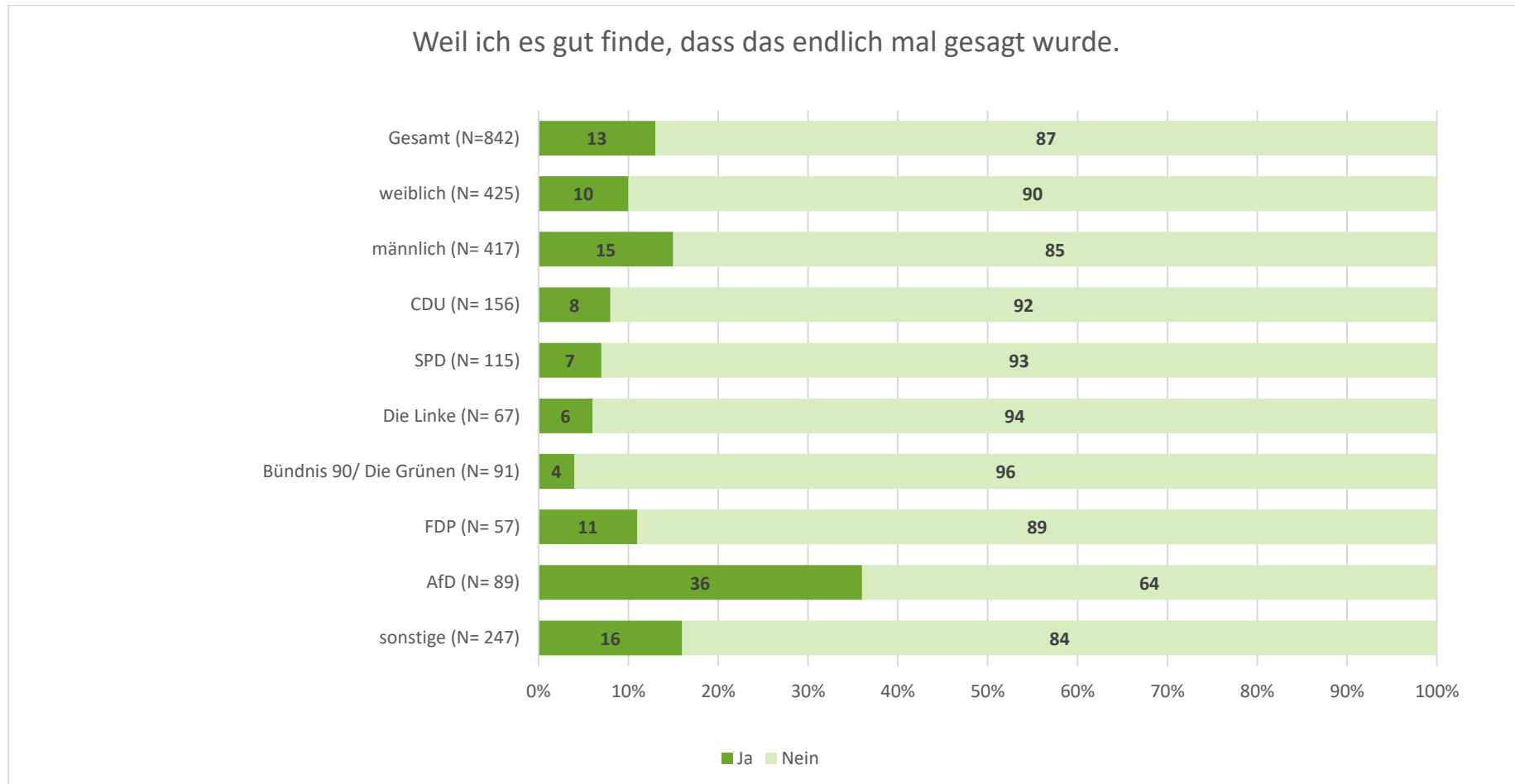
Zudem wurde gefragt: „Bitte geben Sie an, welche der folgenden Dinge Sie im Zusammenhang mit Hasskommentaren im Internet schon einmal getan haben, tun würden oder nicht tun würden“, gefolgt von verschiedenen Antwortmöglichkeiten. Bezüglich der Option „Nicht mehr auf einer Seite gepostet, auf der ich Hasskommentare gelesen habe“ geben 12 % an, dies bereits getan zu haben, 38 % würden dies tun. Letzteres trifft vor allem auf Frauen (w: 39 %, m: 36 %) zu sowie auf Anhänger/innen der etablierten Parteien (CDU: 47 %; Bündnis 90/Die Grünen: 45 %; Die Linke: 44 %; SPD: 41 %; FDP: 38 %), während sich weniger Anhänger/innen der AfD (31 %) und der sonstigen (27 %) vorstellen können, das zu tun.

# REAKTIONEN AUF HASSREDE IM INTERNET



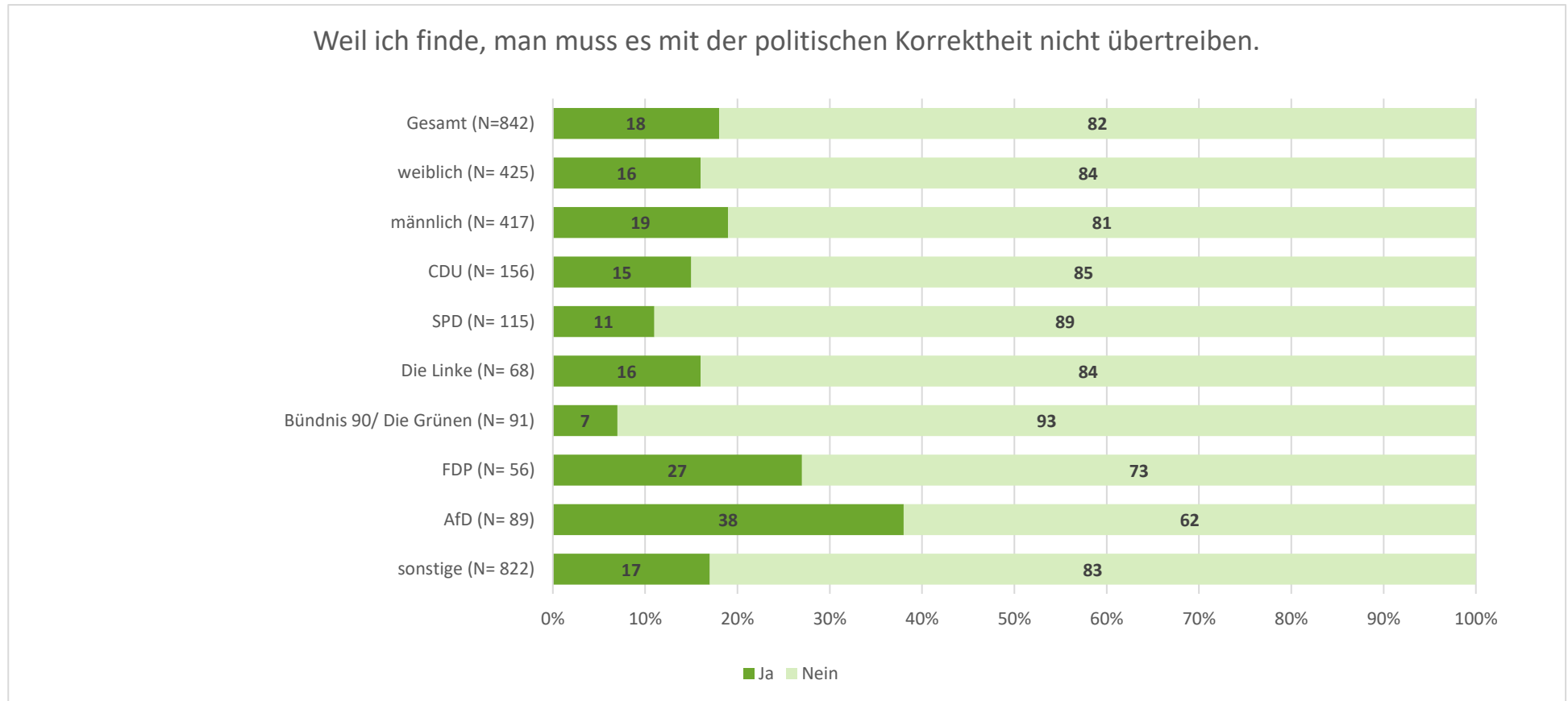
15 % der Befragten geben an, wegen Hasskommentaren „einen Onlinedienst weniger oder gar nicht mehr genutzt“ zu haben. Von den Menschen mit Migrationshintergrund stimmt hier jede/r Fünfte (20 %) zu (ohne Migrationshintergrund: 13 %); von den Anhänger/innen von Bündnis90/Die Grünen sogar 23 %. Insgesamt 39 % geben an, dass sie dies tun würden, wobei Anhänger/innen von Bündnis 90/Die Grünen (49 %), der CDU (48 %), der Linken (45 %) und der SPD (44 %) hier am meisten zustimmen, während Anhänger/innen der AfD (30 %) und sonstige Angaben zum Wahlverhalten (29 %) hier relativ weniger häufig zustimmen.

## POSITIVE REAKTIONEN AUF HASSREDE IM INTERNET



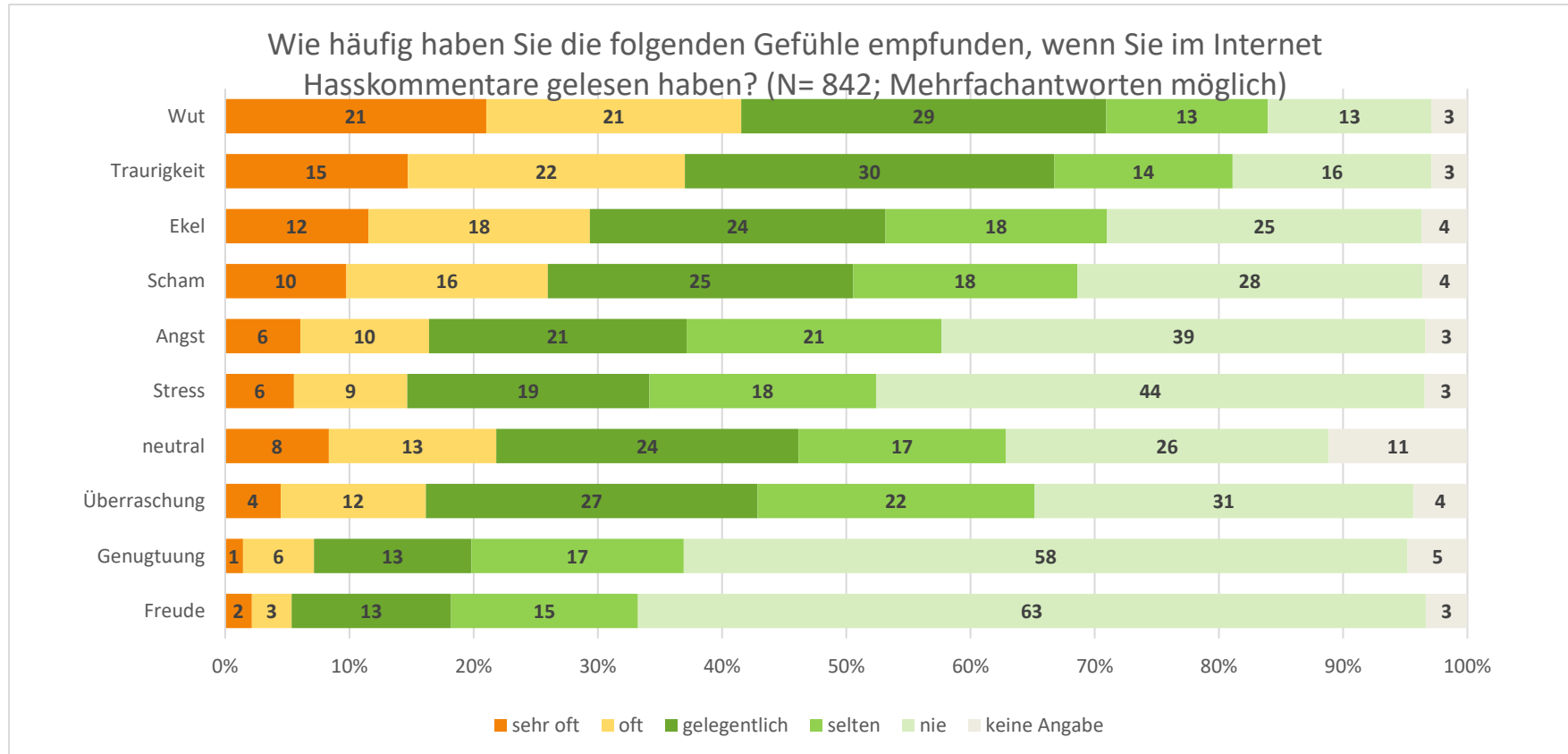
Hassbotschaften können auch Unterstützung hervorrufen: 13 % der Befragten geben an, es gut zu finden, „dass das endlich mal gesagt wurde“. Mehr Männer als Frauen können Hassbotschaften etwas Positives abgewinnen. Unter den Anhänger/innen der AfD ist es mehr als jede/r Dritte (36 %).

## POSITIVE REAKTIONEN AUF HASSREDE IM INTERNET



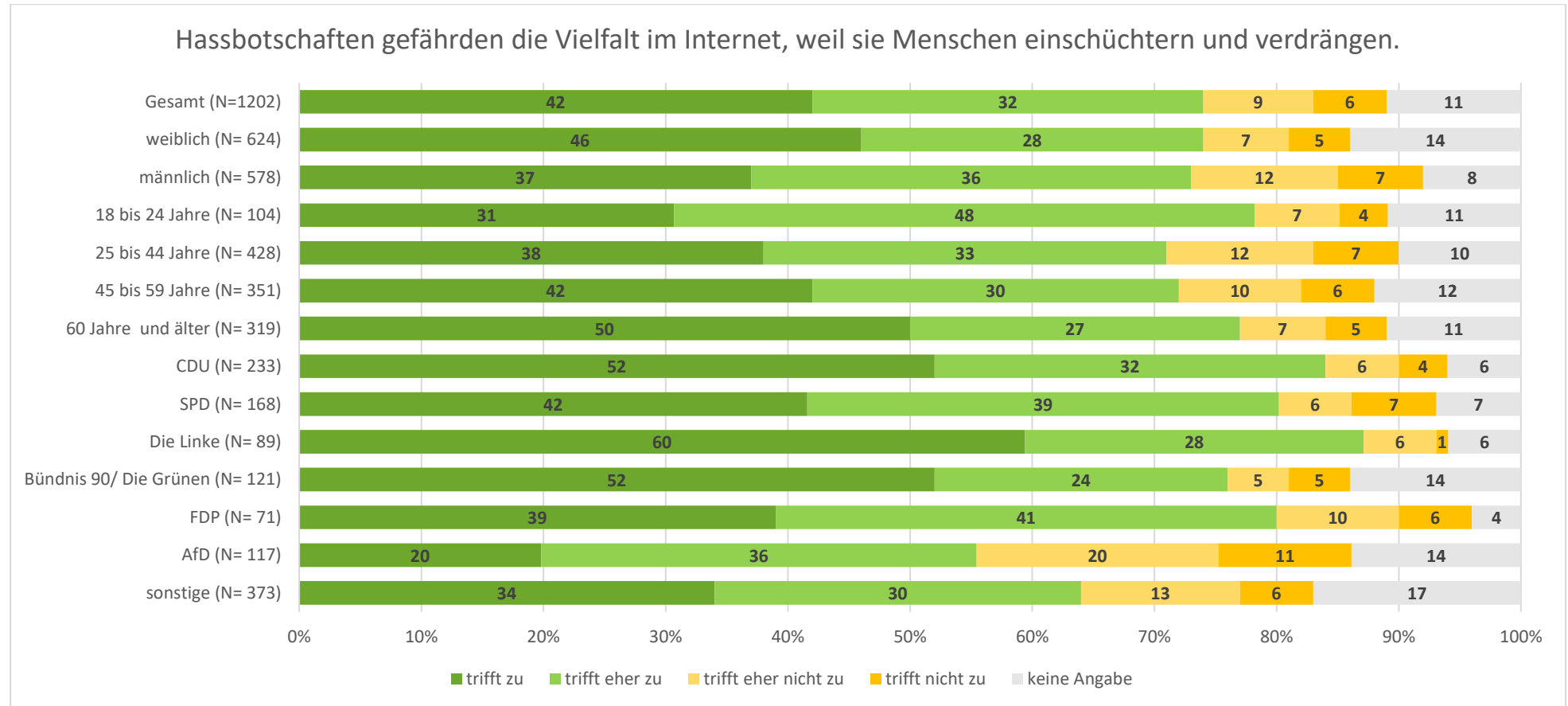
Insgesamt 18 % begründen positive Reaktionen auf Hassrede mit der Aussage, „man muss es mit der politischen Korrektheit nicht übertreiben“. Von den Anhänger/innen der FDP stimmen dem 27 % und von jenen der AfD 38 % zu.

# EMOTIONALE REAKTIONEN AUF HASSSPRACHE IM INTERNET



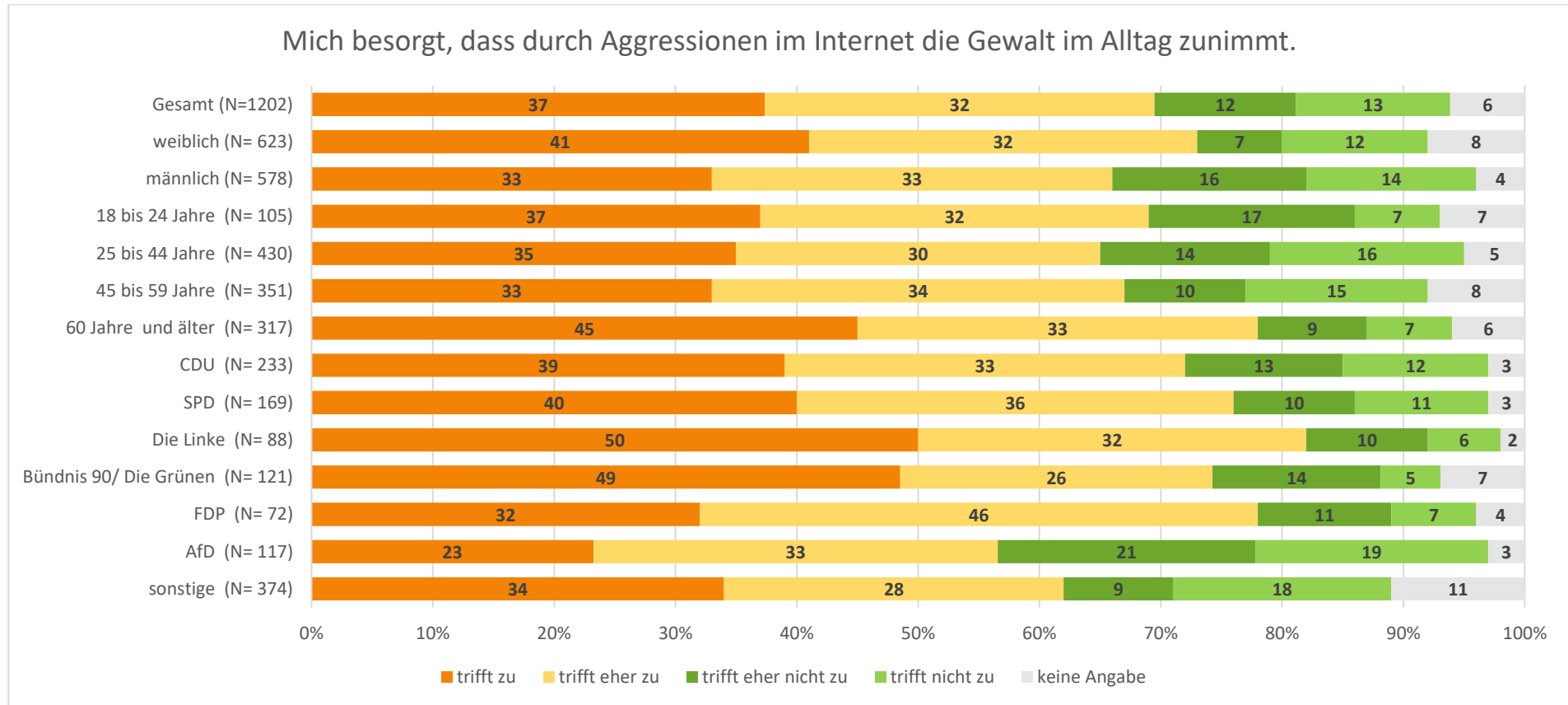
Die am häufigsten benannte emotionale Reaktion auf Hasskommentare ist Wut (84 %), gefolgt von Traurigkeit (81 %), Ekel (72%), Scham (69 %), Angst (58 %) und Stress (52 %). 65 % berichten von Überraschung und 5% geben neutrale Gefühle an. Positive Emotionen werden seltener genannt: Genugtuung über Hass im Netz äußern immerhin 37 %, Freude noch 33 % der Teilnehmenden. Genugtuung wird vor allem von den 18- bis 24-Jährigen (59 %) genannt sowie von Anhänger/innen der AfD (60 %), die Zahlen bei Freude sind ähnlich (18- bis 24-Jährige: 53 %; AfD-Anhänger/innen: 54 %; ohne Abbildung). Nach den Gründen für diese emotionalen Reaktionen gefragt, geben 9 % an, sie seien selbst betroffen gewesen, von Personen mit Migrationshintergrund sind es doppelt so viele (18 %). 23 % identifizieren sich mit den Betroffenen – am stärksten ausgeprägt ist das bei den 18- bis 24-Jährigen (31 %) und in der Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund (28 %; ohne Abbildung).

# MEINUNGEN ZU HASSREDE IM INTERNET



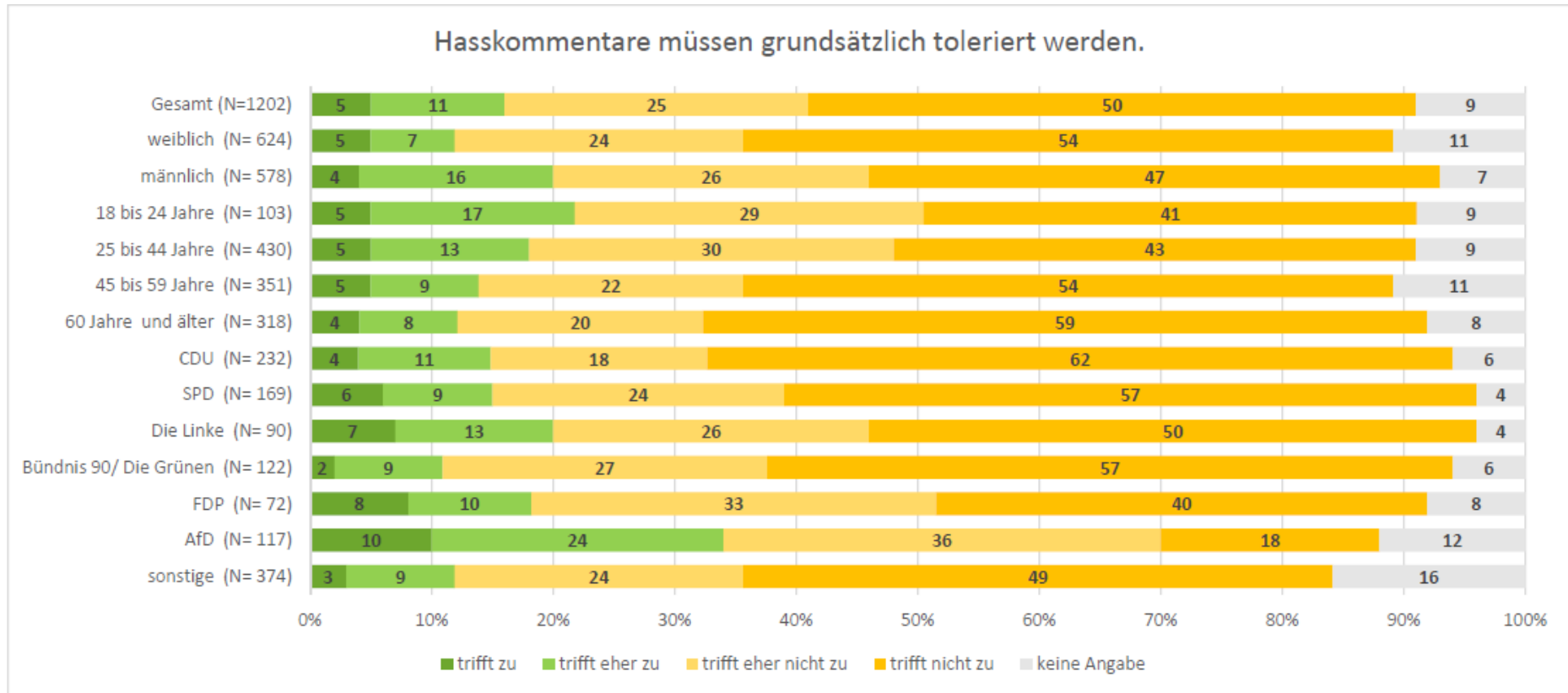
Der Aussage „Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen“ stimmen knapp drei Viertel (74 %) der Befragten zu. Junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren (79 %) sowie jene ab 60 (77 %) stimmen dem häufiger zu als Befragte aus den Altersgruppen 25-44 Jahre (71 %) und 45-59 Jahre (72 %). Auch bezüglich der Parteipräferenzen finden sich bedeutsame Unterschiede: Die Zustimmung ist überdurchschnittlich bei Anhänger/innen von Die Linke (88 %), CDU (84 %), SPD (81 %), FDP (80 %) und Bündnis 90/Die Grünen (76 %). Unterdurchschnittlich ist die Zustimmung bei Anhänger/innen der sonstigen Antworten (64 %) sowie der AfD (56 %).

# MEINUNGEN ZU HASSREDE IM INTERNET



Über zwei Drittel der Befragten (69 %) stimmen der Aussage zu „*Mich besorgt, dass durch die Aggressionen im Internet die Gewalt im Alltag zunimmt*“. Bei weiblichen Befragten ist die Zustimmung höher als bei männlichen (w: 73 % vs. m: 66 %). Bezüglich der Alterskohorten zeigt sich bei den über 60-Jährigen eine Zustimmung von 78 % im Vergleich zu 69 % bei den 18- bis 24-Jährigen, 65 % bei den 25- bis 44-Jährigen und 67 % bei den 45- bis 59-Jährigen. Nach Parteipräferenzen findet sich die stärkste Zustimmung zu dieser Aussage unter Anhänger/innen der Partei Die Linke (82 %), gefolgt von denen der FDP (78 %), der SPD (76 %), von Bündnis 90/Die Grünen (75 %) und der CDU (72 %). Unterdurchschnittliche Zustimmung zeigt sich bei sonstigem Wahlverhalten (62 %) sowie in der Wählerschaft der AfD (56 %).

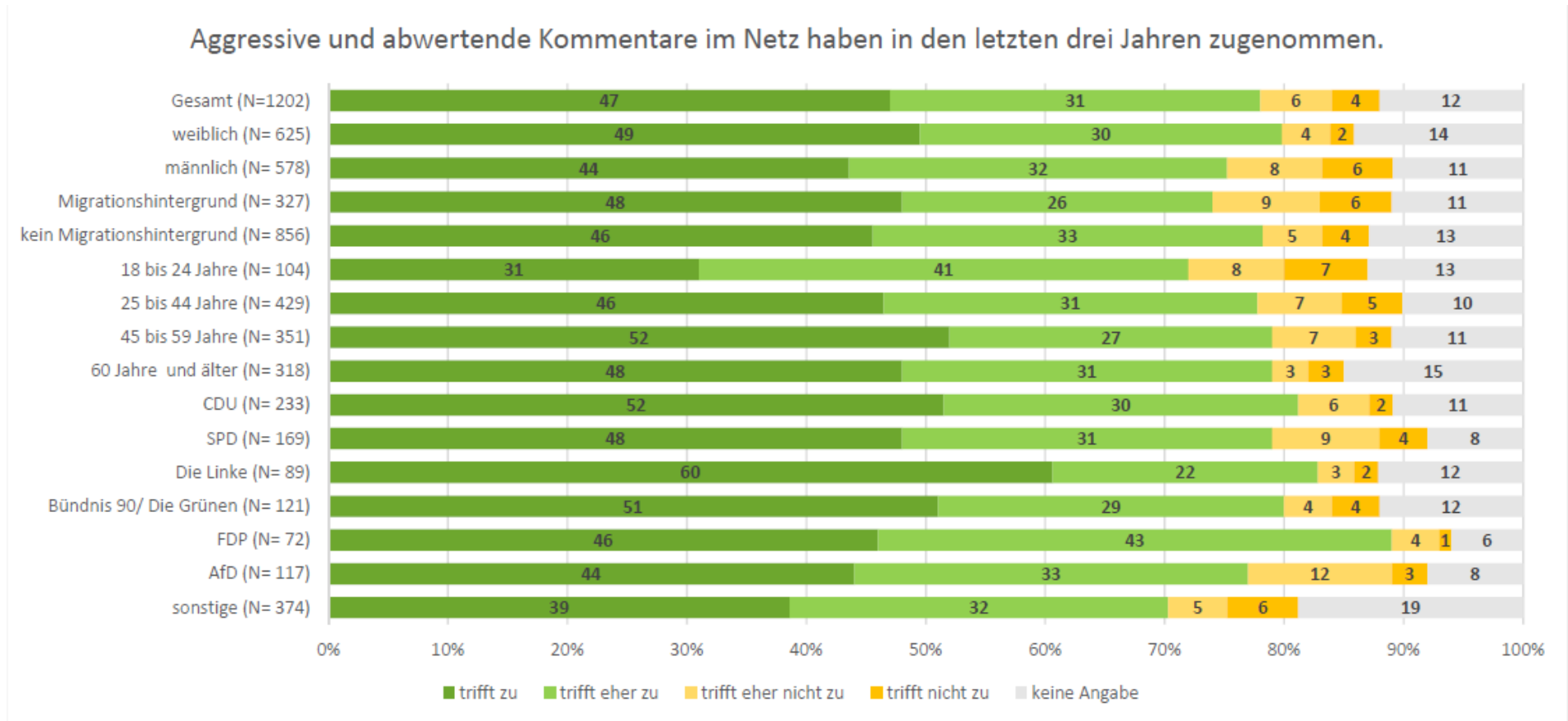
# MEINUNGEN ZU HASSREDE IM INTERNET



Die Aussage „Hasskommentare müssen grundsätzlich toleriert werden“ wird von 75 % der Befragten abgelehnt. Insgesamt ergeben sich in allen Merkmalskategorien statistisch bedeutsame Unterschiede. So ist die Ablehnung der Aussage mit 78 % bei Frauen größer als bei den männlichen Befragten (73 %). Außerdem gibt es Altersunterschiede, wobei die Ablehnung der Aussage bei 18- bis 24-Jährigen am geringsten ist (70 %), mit steigendem Alter größer wird und bei den 60-Jährigen und Älteren mit 79 % am stärksten ist. In Bezug auf die Parteienpräferenz zeigt sich mit kleinen Unterschieden zwischen Bündnis 90/Die Grünen (84 %), SPD (81 %), CDU (80 %), Die Linke (76 %) und FDP (73 %) eine grundsätzliche Ablehnung der Aussage. Einzig Befragte mit einer Parteipräferenz zur AfD lehnen die Aussage nur zu 54 % ab, ein Drittel der Anhänger/innen der Rechtspopulist/innen stimmt zu.

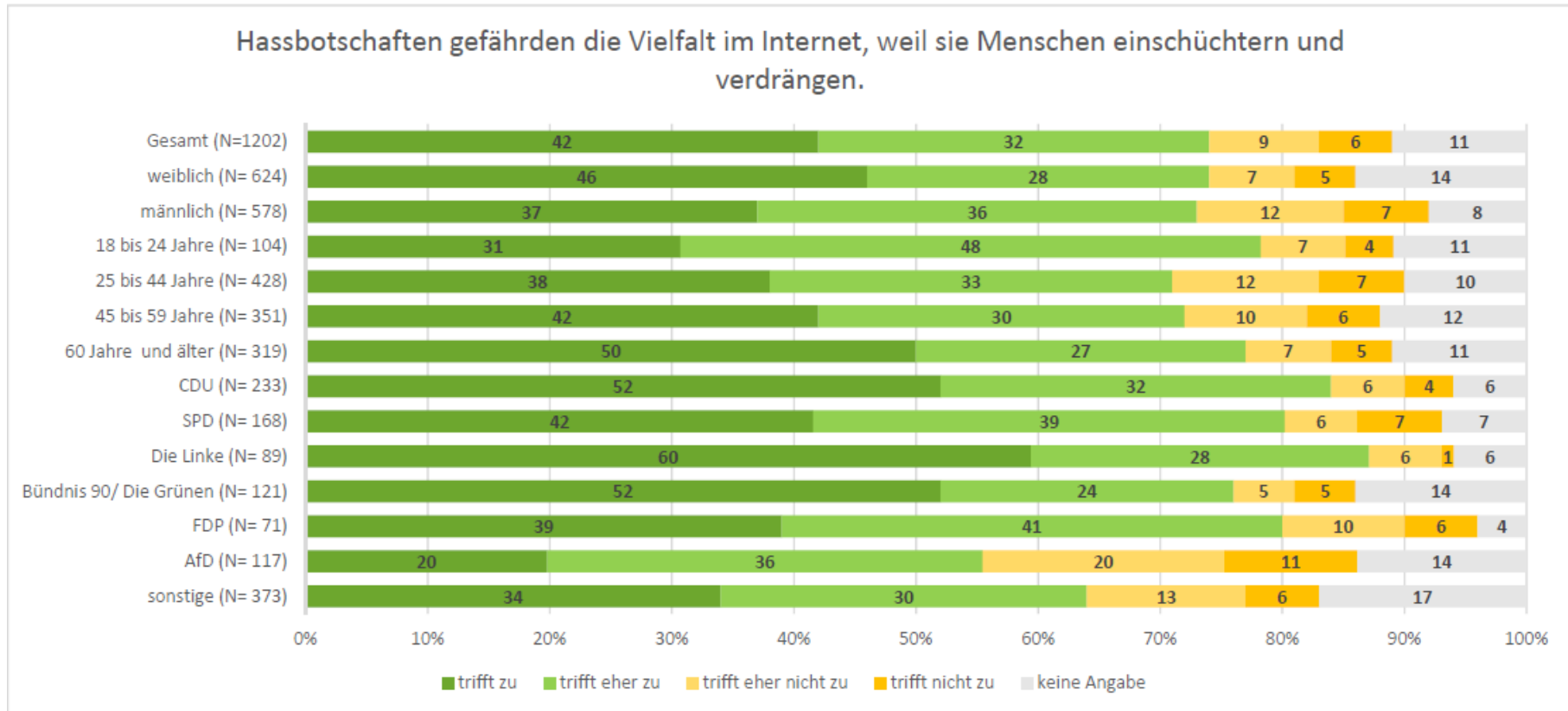


# MEINUNGEN ZU HASSREDE IM INTERNET



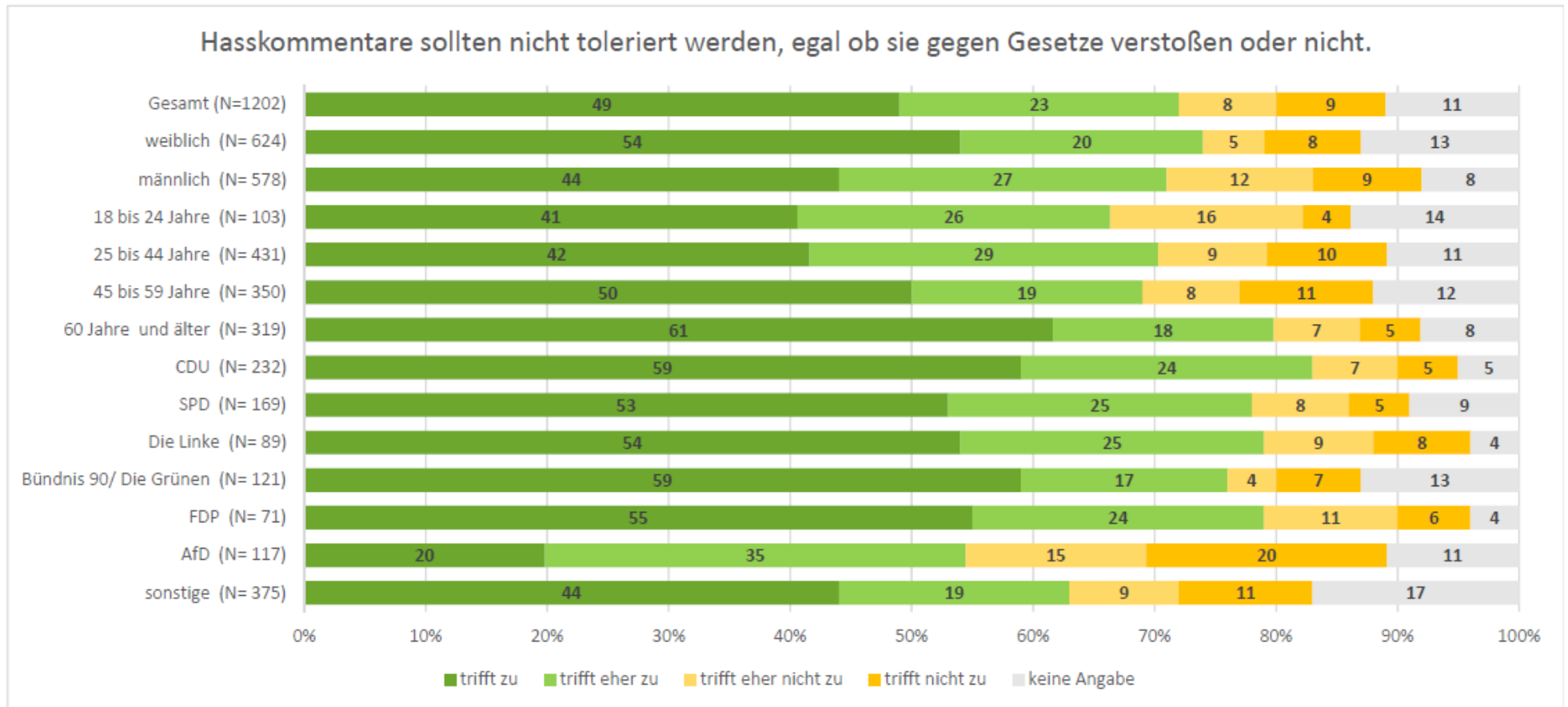
Mehr als drei Viertel der Befragten (78 %) stimmen der Aussage zu, dass „aggressive und abwertende Kommentare im Netz [...] in den letzten drei Jahren zugenommen“ haben. Die Zustimmung in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen ist mit 72 % deutlich geringer als die der 45- bis 59-Jährigen und der 60-Jährigen und Älteren (beide 79 %). Die Parteienpräferenz zeigt zwischen CDU (82 %), Die Linke (82 %), Bündnis 90/Die Grünen (80 %), SPD (79 %) und AfD (77 %) kleine Unterschiede. Die Wählerschaft der FDP sticht mit 89 % Zustimmung hervor.

# MEINUNGEN ZU HASSREDE IM INTERNET



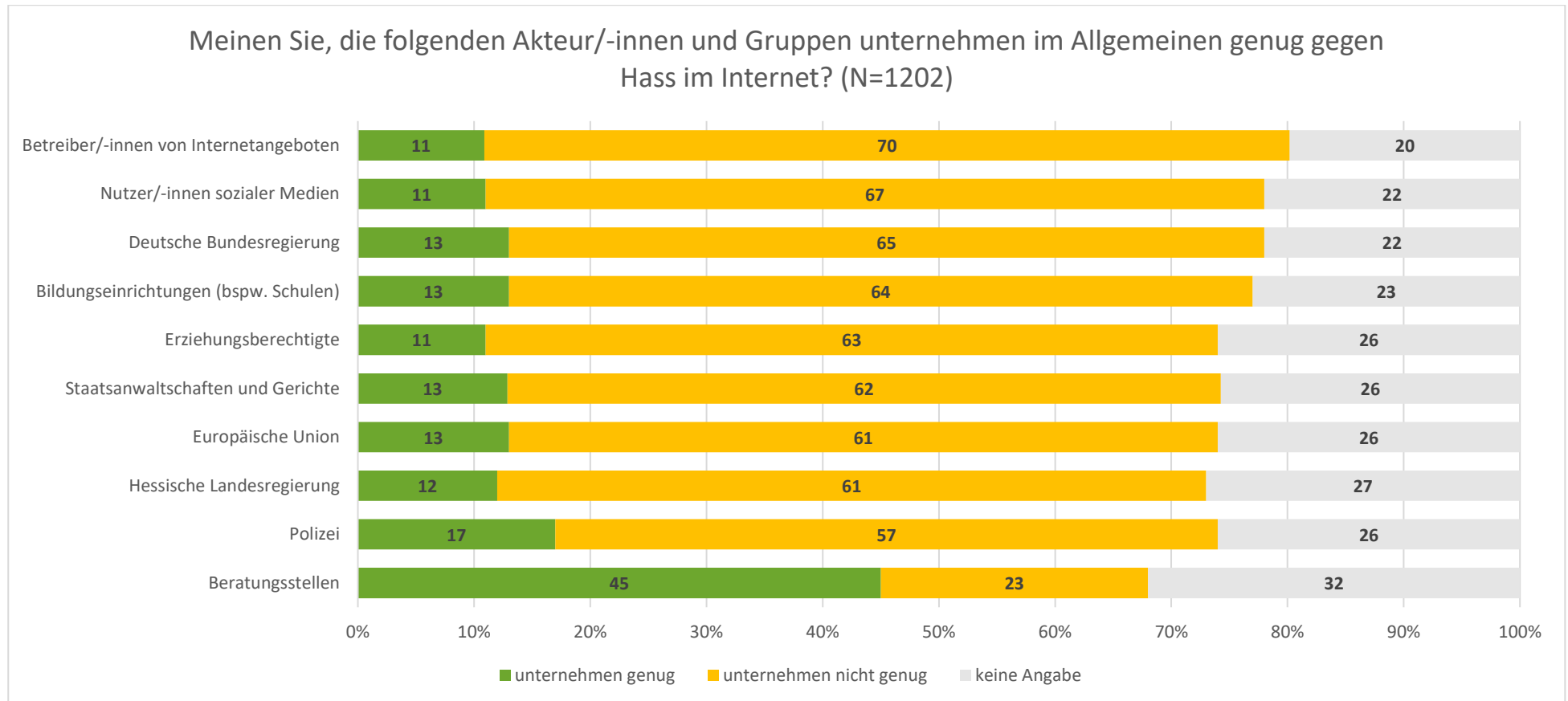
Beinahe drei Viertel der Befragten (74 %) stimmen der Aussage zu: „Hassbotschaften gefährden die Vielfalt im Internet, weil sie Menschen einschüchtern und verdrängen“. In Bezug auf das Alter der Befragten zeigt sich bei der Gruppe der 18-bis 24-Jährigen mit 79 % die größte Zustimmung. Die geringste Zustimmung findet sich mit 71 % bei den 25- bis 44-Jährigen. Befragte, die mit der CDU (84 %), SPD (81 %), FDP (80 %) oder Bündnis 90/Die Grünen (76 %) sympathisieren, zeigen relativ ähnliche Zustimmungswerte. Mit 88 % stimmen Befragte mit einer Parteipräferenz zur Linken am deutlichsten zu. Befragte mit einer Präferenz für die AfD weisen mit 56 % die geringste Zustimmung auf.

# MEINUNGEN ZU HASSREDE IM INTERNET



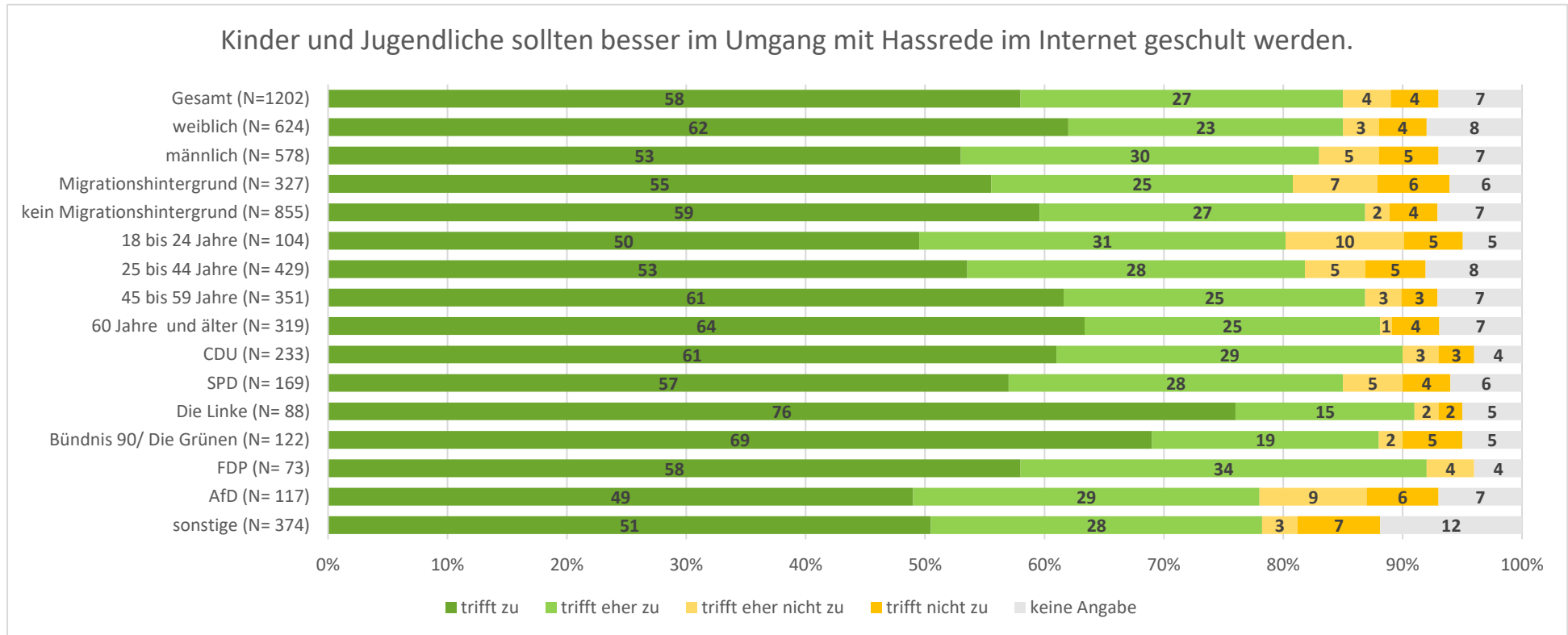
Fast drei Viertel der Befragten (72 %) stimmen der Aussage zu: „Hasskommentare sollten nicht toleriert werden, egal ob sie gegen Gesetze verstoßen oder nicht“. Weibliche Befragte stimmen dieser Aussage öfter zu (74 %) als männliche (71 %). In Bezug auf das Alter der Befragten stimmt die Gruppe der 60-Jährigen und Älteren mit 79 % am häufigsten zu, die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen dagegen mit 41 % am wenigsten. Bei Anhänger/innen der AfD liegt die Zustimmung zur Aussage mit 20 % unter dem Durchschnitt. Befragte, die die etablierten Parteien präferieren, stimmen überdurchschnittlich häufig zu: CDU (83 %), SPD (78 %), Die Linke (79 %), Bündnis 90/Die Grünen (76 %) und FDP (79 %).

## WIRD GENUG GEGEN HASSREDE UNTERNOMMEN?



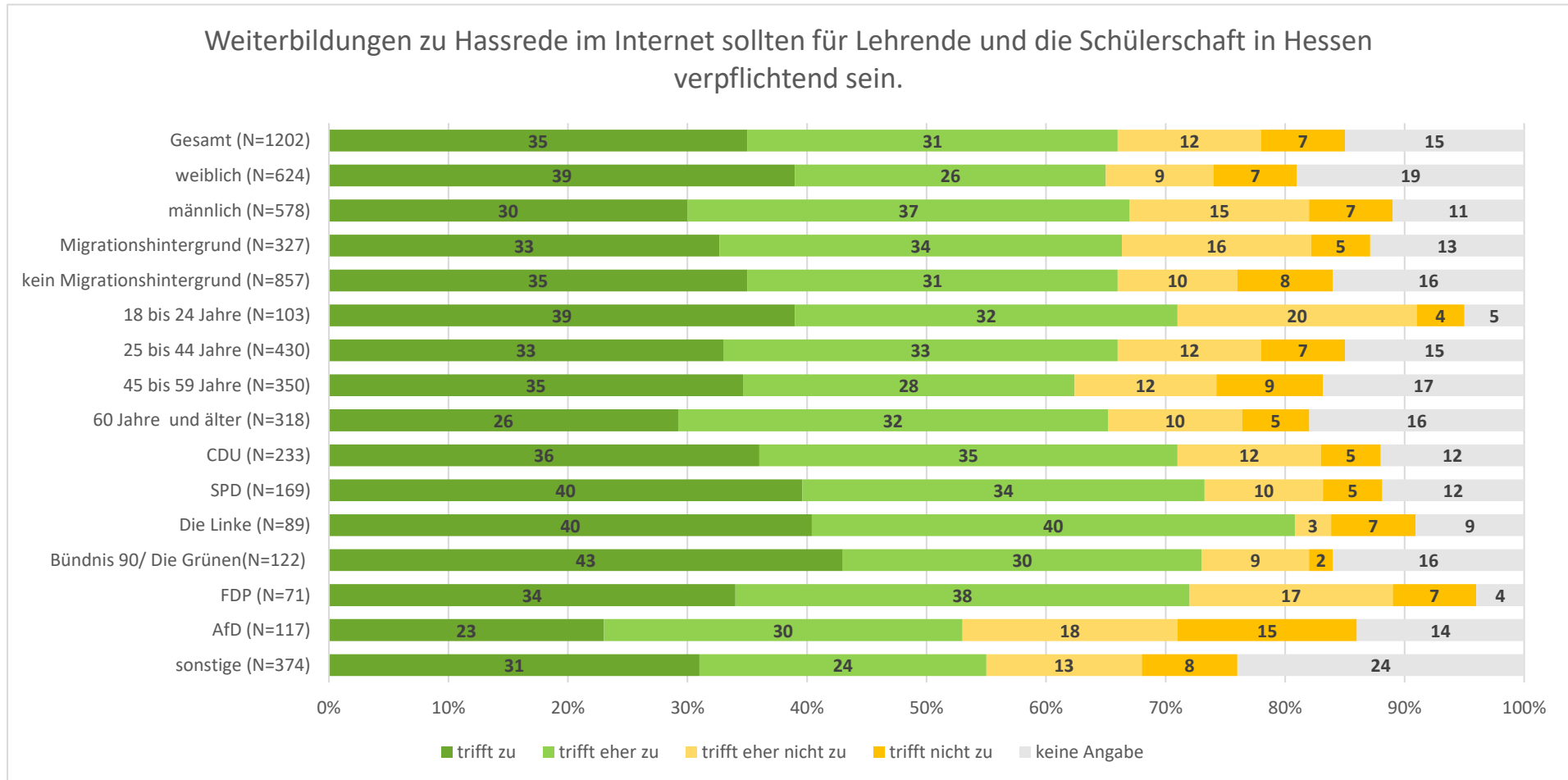
Die Frage, ob verschiedene Akteur/innen und Gruppen im Allgemeinen genug gegen Hass im Internet unternehmen, wird überwiegend negativ beantwortet. Besonders häufig wurde bei dieser Aussage „keine Angabe“ gewählt. Dies deutet darauf hin, dass viele Befragte nicht wissen, ob und was die entsprechenden Institutionen gegen Hassrede unternehmen. Mit Ausnahme der Einschätzung der Arbeit von Beratungsstellen, von denen 45 % denken, dass sie genug unternehmen, meinen nur 11 % bis 17 %, dass die anderen Verantwortlichen genug tun. Im Gegenteil sind zwischen 57 % und 70 % der Befragten der Meinung, dass die verschiedenen Akteur/innen und Gruppen nicht genug unternehmen.

# POLITISCHE FORDERUNGEN



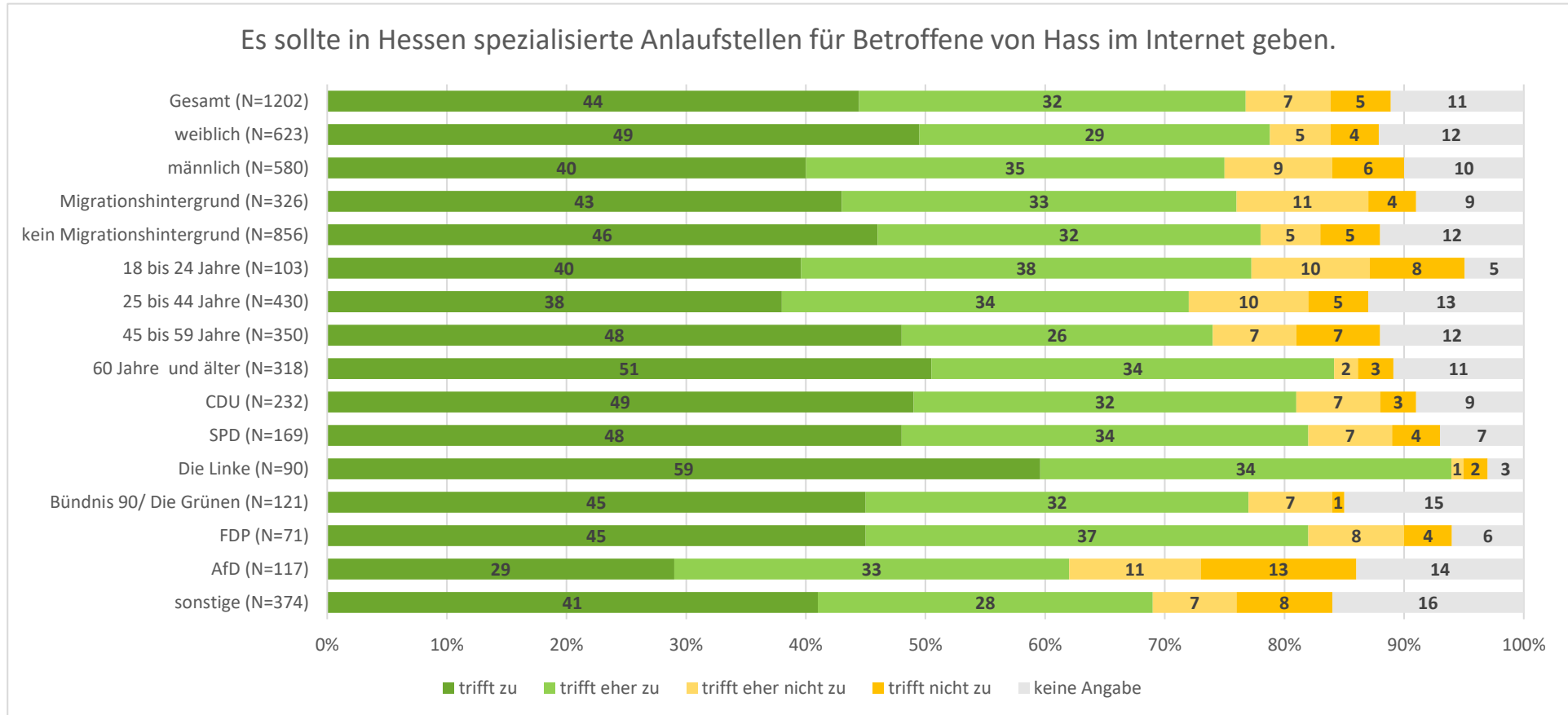
85 % der Befragten stimmen der Forderung zu, dass Kinder und Jugendliche besser im Umgang mit Hassrede im Internet geschult werden sollten, während nur 8 % dem widersprechen. Die größten Unterschiede ergeben sich in Bezug auf das Alter der Befragten. Die stärkste Zustimmung liegt hier bei den Befragten im Alter von 60 Jahren und älter mit 89 % und einer Ablehnung von 5 %. Im Gegensatz dazu stimmen die 18- bis 24-Jährigen nur zu 51 % zu und zeigen mit 15 % die stärkste Ablehnung. Das Merkmal der Parteienpräferenz bringt zwischen SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP kaum Abweichungen mit sich. Die Zustimmung liegt hier zwischen 91 % (Die Linke) und 85 % (SPD). Befragungsteilnehmende mit einer Präferenz für die AfD zeigen mit 49 % geringere Zustimmung.

# POLITISCHE FORDERUNGEN



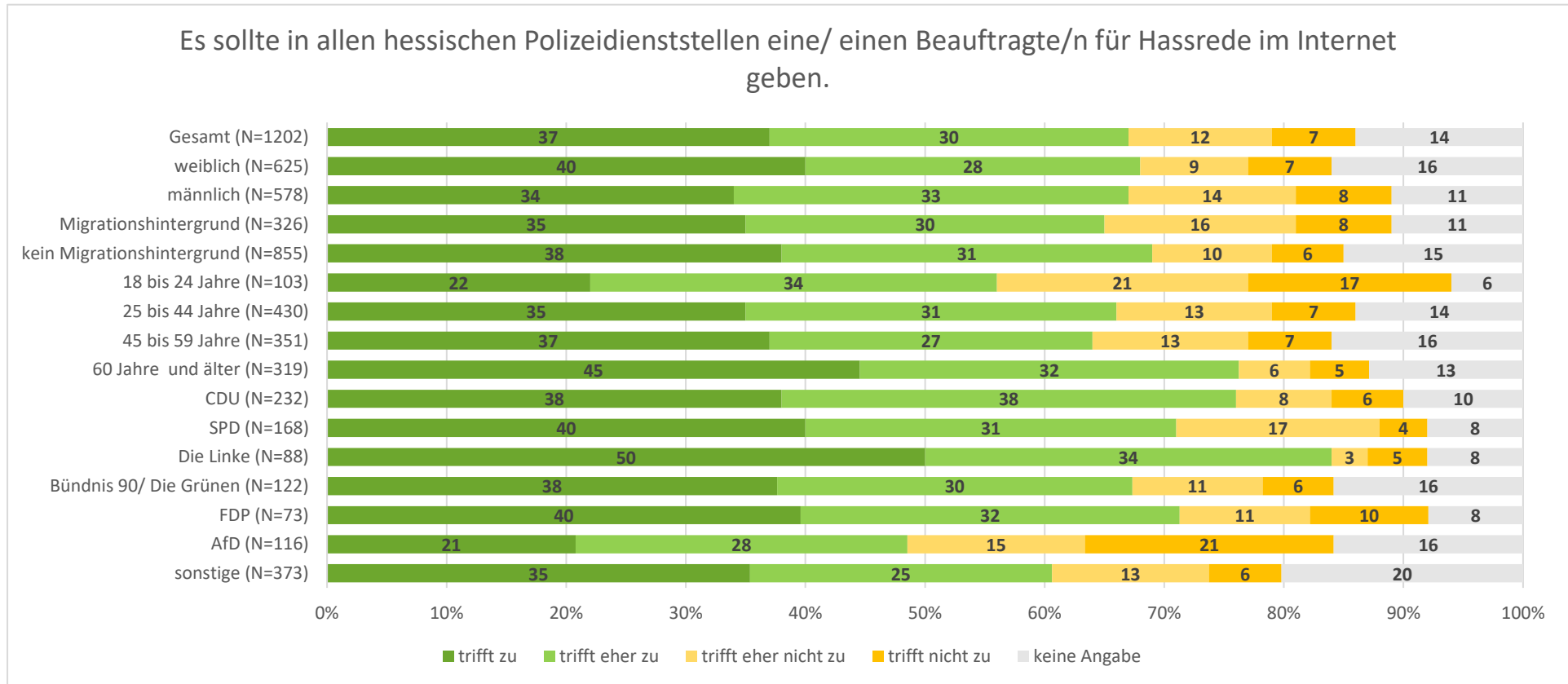
Zwei Drittel der Befragten (66 %) stimmen der Forderung zu: „Weiterbildungen zu Hassrede im Internet sollten für Lehrende und die Schülerschaft in Hessen verpflichtend sein“. Lediglich 19 % lehnen diese Aussage ab. Befragte, die die rechtspopulistische AfD präferieren, zeigen im Vergleich zum Durchschnitt eine deutliche Abweichung: 53 % dieser Befragten stimmen der Aussage zu, ein Drittel (33 %) lehnt sie ab. Damit liegt die Zustimmung bei dieser Gruppe deutlich unterhalb und die Ablehnung deutlich über dem Gesamtergebnis. Umgekehrt verhält es sich bei jenen, die als Parteipräferenz Die Linke angeben: Hier liegt die Zustimmung mit 80 % deutlich über dem Durchschnitt und die Ablehnung mit 10 % darunter.

# POLITISCHE FORDERUNGEN



Mit 76 % stimmen insgesamt über drei Viertel der Befragten der Forderung zu: „Es sollte in Hessen spezialisierte Anlaufstellen für Betroffene von Hass im Internet geben“. 12 % stehen dem ablehnend gegenüber. Die deutlichste Zustimmung zeigt sich bei den älteren Befragten (60 Jahre und älter) – hier liegt die Zustimmung mit 85 % deutlich über dem Durchschnitt. Noch höher sind die Zustimmungswerte lediglich bei jenen Befragten, die eine Präferenz zur Partei Die Linke angeben (93 %). Die geringste Zustimmung mit 62 % weisen Befragte mit der Parteipräferenz AfD auf.

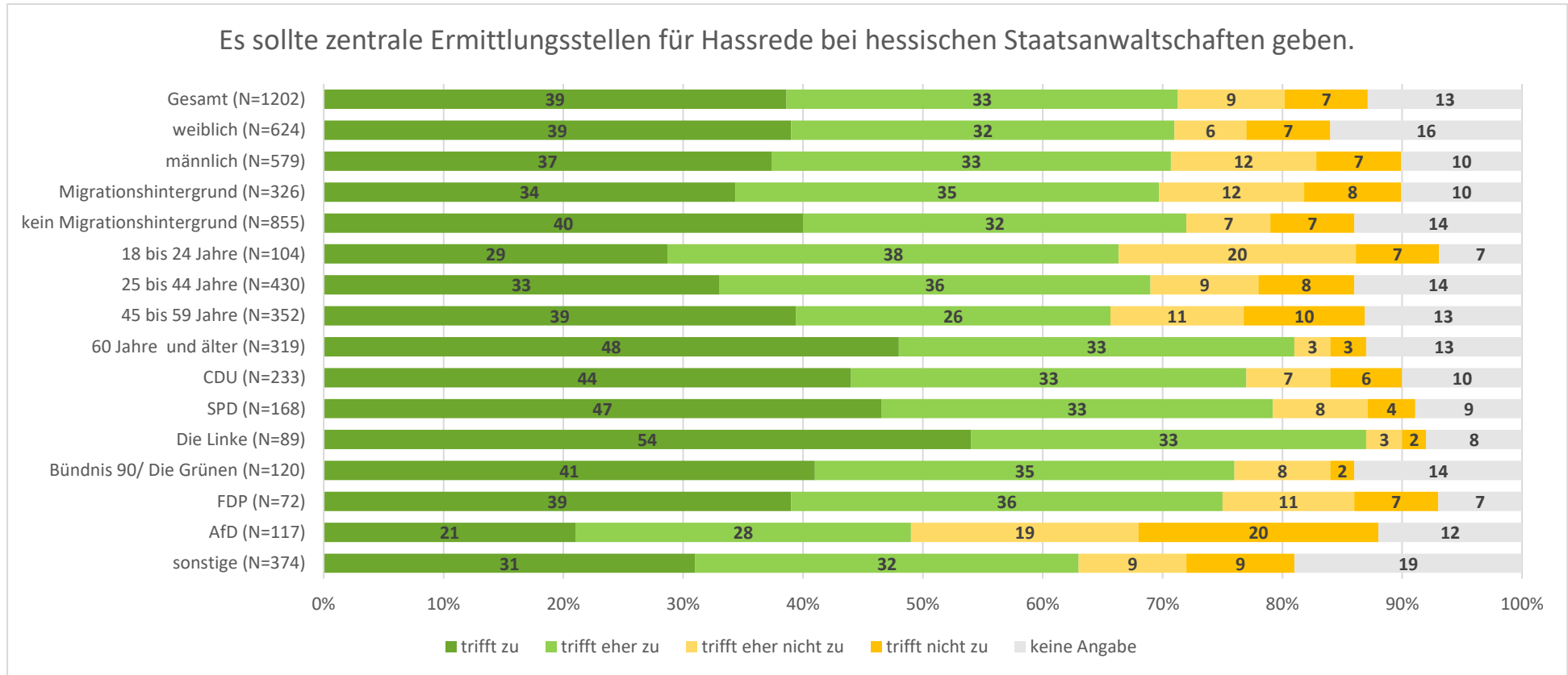
# POLITISCHE FORDERUNGEN



Die Forderung „Es sollte in allen hessischen Polizeidienststellen eine/einen Beauftragte/n für Hassrede im Internet geben“ wird von 67 % der Befragten unterstützt. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen stimmen lediglich 56 % der Aussage zu, 38 % lehnen sie ab. Im Gegensatz dazu stimmen 77 % der 60-Jährigen und Älteren der Aussage zu, wobei nur 11 % sie ablehnen. Befragte mit der Parteipräferenz Die Linke stimmen der Aussage zu 84 % zu, mit 49 % weniger als die Hälfte der Befragten mit Präferenz zur AfD.

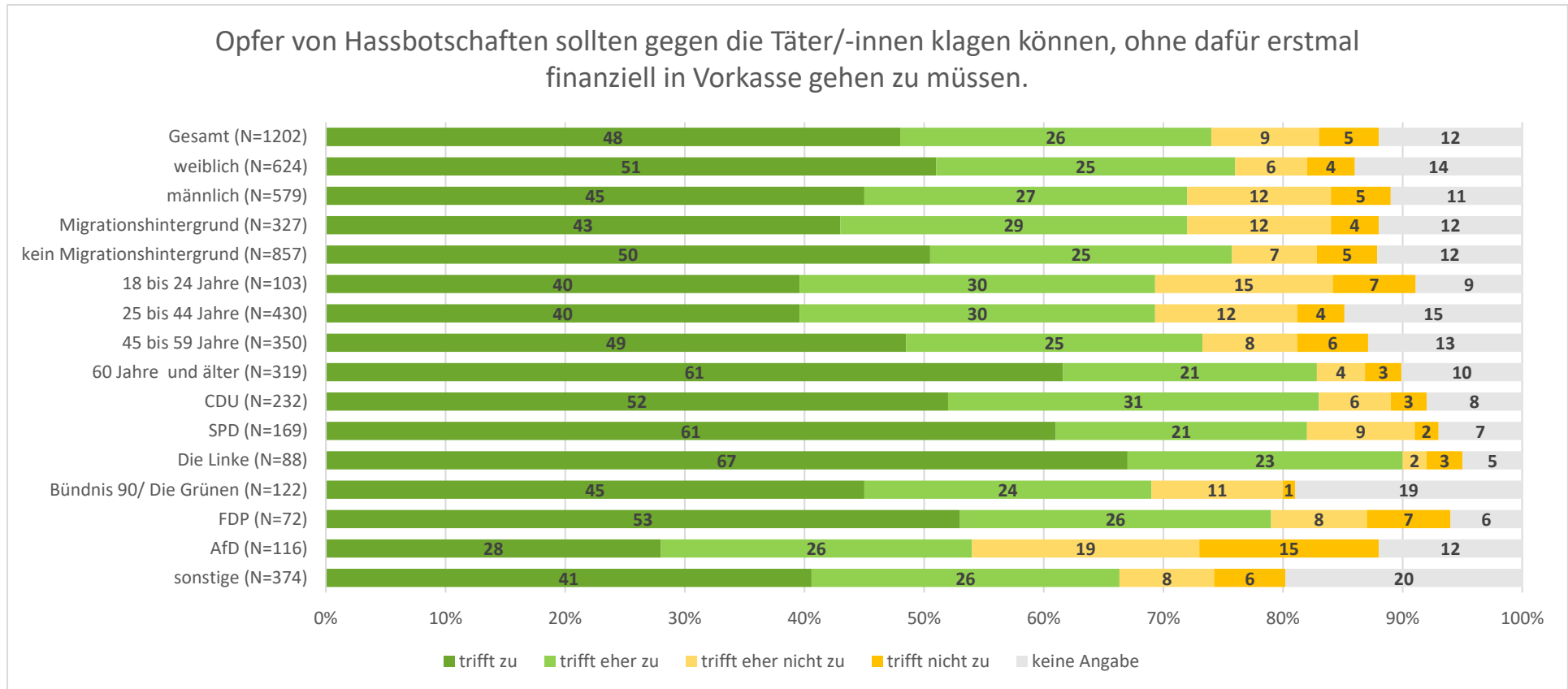


# POLITISCHE FORDERUNGEN



Fast drei Viertel der Befragten (72 %) stimmt der Forderung zu: „Es sollte zentrale Ermittlungsstellen für Hassrede bei hessischen Staatsanwaltschaften geben“. Besonders die Kohorte der älteren Befragten (60 Jahre und älter) unterstützt mit 81 % die Schaffung solcher Stellen. Unter den 18- bis 24-Jährigen und bei den 45- bis 59-Jährigen stimmen 67 % bzw. 65 % der Forderung zu. Während zwischen den Parteipräferenzen CDU, SPD und Grünen kaum Unterschiede festzustellen sind, weisen jene, die sich der Partei Die Linke zuordnen, mit 87 % die höchste Zustimmung auf. Befragte, die ihre Parteipräferenz bei der AfD sehen, haben dagegen mit 49 % die niedrigste Zustimmung.

# POLITISCHE FORDERUNGEN



Mit einer Zustimmung von 74 % zur Aussage „Opfer von Hassbotschaften sollten gegen die Täter/-innen klagen können, ohne dafür erstmal finanziell in Vorkasse gehen zu müssen“ zeigt sich eine deutliche Mehrheit zugunsten dieser Forderung. Während die 18- bis 24-Jährigen und die 25- bis 44-Jährigen jeweils eine leicht unterdurchschnittliche Zustimmung von 70 % aufweisen, liegt diese unter den 45- bis 59-Jährigen bei 74 %, bei den 60-Jährigen und Älteren bei 82 %. Jene, die mit der Partei Die Linke sympathisieren, zeigen die höchste Zustimmung (90 %). Während bei den Parteipräferenzen CDU (83 %) SPD (82 %) und FDP (79 %) kaum Unterschiede zu finden sind, zeigt sich bei Bündnis 90/Die Grünen mit 69 % eine Zustimmung leicht unter dem Durchschnitt. Mit 54 % ist die Zustimmung bei Befragten mit der Parteipräferenz AfD erneut am niedrigsten.

## LITERATUR & QUELLEN

Davey, Jacob; Ebner, Julia (2017): The Fringe Insurgency. Connectivity, Convergence and Mainstreaming of the Extreme Right. Institut for Strategical Dialog. London u.a. Online verfügbar unter <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/10/The-Fringe-Insurgency-221017.pdf>, zuletzt geprüft am 24.09.2018.

Duggan, Maeve (2017): Online Harassment 2017. Pew Research Center. Online: <http://www.pewinternet.org/2017/07/11/online-harassment-2017/>.

D-Generation (2017): Handbuch für Medienguerillas.

Emcke, Carolin (2016): Gegen den Hass. Frankfurt am Main: S. Fischer.

Jakubowicz, Andrew; Dunn, Kevin; Mason, Gail; Paradies, Yin; Bliuc, Ana-Maria; Bahfen, Nasya et al. (2017): Cyber Racism and Community Resilience. Strategies for Combating Online Race Hate. Cham: Palgrave Macmillan (Palgrave Hate Studies).

Keipi, Teo; Näsi, Matti; Oksanen, Atte; Räsänen, Pekka (2017): Online hate and harmful content. Cross-national perspectives. London, New York: Routledge Taylor & Francis Group (Routledge advances in sociology, 200).

Kreißel, Philip; Ebner, Julia; Urban, Alexander; Guhl, Jakob (2018): Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz: London u.a. Online verfügbar unter [https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD\\_Ich\\_Bin\\_Hier\\_2.pdf](https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf), zuletzt geprüft am 24.09.2018.

Landesanstalt für Medien NRW (2018): Ergebnisbericht. forsa-Befragung zur Wahrnehmung von Hassrede im Internet. Online verfügbar unter <https://www.medienanstalt-nrw.de/foerderung/forschung/abgeschlossene-projekte/forsa-befragung-zur-wahrnehmung-von-hassrede.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2018.



[www.campact.de](http://www.campact.de)

[www.idz-jena.de](http://www.idz-jena.de)